



# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 2

Februar 1966

Grafik des Monats: Schulstandorte

Aufsätze:            Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964  
                           Bevölkerung nach dem Familienstand  
                           Öffentliche Tiefbauaufträge 1964  
                           Verbrauch in privaten Haushalten

Kurzberichte:        Feuerwehreinsätze 1964

Statistisches Amt für Hamburg  
 und Schleswig-Holstein  
 Bibliothek  
 Standort Kiel

## ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1964	1965	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Juli bis November <sup>1</sup>		
<b>INDUSTRIE</b>				
Produktionsindex	1958 = 100	132	138	+ 4
Beschäftigte <sup>2</sup>	1 000	176	179	+ 2
Umsatz <sup>2 3</sup>	Mill. DM	701	775	+ 11
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2 4</sup>	Mill. Std.	23	23	- 0
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11,2	10,5	- 6
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 570	2 508	- 2
<b>HANDEL</b>				
Ausfuhr	Mill. DM	82,6	121,0	+ 46
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	70,2	86,1	+ 23
<b>VERKEHR</b>				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 912	5 708	+ 16
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	97,8	100,4	+ 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	103,5	106,5	+ 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	102,0	104,4	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	104,8	113,7	+ 8
Lebenshaltung <sup>5</sup>				
insgesamt	1962 = 100	105,7	109,8	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	105,1	110,1	+ 5
<b>GELD UND KREDIT</b>				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten <sup>6</sup>	Mill. DM	1 947	2 061	+ 6
mittel- und langfristigen Krediten <sup>7</sup>	Mill. DM	5 126	5 855	+ 14
Sparenlagen <sup>8</sup>	Mill. DM	2 572	2 989	+ 16
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>				
Umsatzsteuer <sup>9</sup>	Mill. DM	51	57	+ 11
Landessteuern <sup>10</sup>	Mill. DM	66	69	+ 5
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	24	24	- 0
Lohnsteuer	Mill. DM	51	52	+ 0

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": Juni bis Oktober 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten  
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft  
7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

Druckfehlerberichtigung

Auf Seite 25 muß im Abschnitt  
"Säuglingssterblichkeit seit 1950  
um 55 % gesunken" die in der vor-  
letzten Zeile für Berlin angege-  
bene Zahl richtig 28,4 heißen. Da  
Berlin damit nicht mehr unter  
Schleswig-Holstein liegt, ist

"Berlin (21,4)"

zu streichen.

## INHALT 2/66

Aktuelle Auslese . . . . .	25
Aus dem Inhalt . . . . .	26-27
Aufsätze	
Die natürliche Bevölkerungsbewegung 1964 . . . . .	28-32
Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nach dem Familienstand . . . . .	33-39
Die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1964 . . . . .	39-42
● Einkommen und Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1962-1964 . . . . .	42-47
Kurzberichte	
Die Einsätze der Feuerwehren im Jahre 1964 . . . . .	47-48
Grafik des Monats . . . . .	36-37
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - . . . . .	3. Umschlagseite

### Neu erschienen:

#### Statistische Berichte

A0/Volkszählung 1961-16

● Struktur der Haushalte und Familien nach der  
Volks- und Berufszählung am 6. 6. 1961 (Übersichtstabellen)"  
34 Seiten, Preis 2,50 DM

C0/Landwirtschaftszählung 1960-13

„Personalverhältnisse, Gewerbebetriebe, Werkwohnungen“  
252 Seiten, Preis 12,00 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 9/1965

Unternehmen des Verkehrs 1962  
Beschäftigtenstruktur im Handwerk  
Wasserversorgung der Industrie  
Erzeugerpreise in der Industrie  
Kommunale Bauinvestitionen  
Wirtschaftliche Leistung 1964

### Heft 10/1965

Nahrungs- und Genußmittelindustrie  
Schiffsbestand 1963  
Vermögensteuer 1963

### Heft 11/1965

Bundestagswahl 1965 (Teil 1)  
Gebäude in der Landwirtschaft  
Sozialhilfe 1963 und 1964  
Finanzierung des Studiums  
Produktionswerte Industriebetriebe

### Heft 12/1965

Bundestagswahl 1965 (Teil 2)  
Wanderungen 1964  
Handelsdüngeraufwand  
Personal im öffentlichen Dienst

### Heft 1/1966

Bundestagswahl 1965 (Teil 3)  
Qualität der Schlachttiere  
Umsätze 1964  
Preisentwicklung Bauwirtschaft  
Nebenfunktionen im Handwerk  
Arbeiterverdienste Landwirtschaft



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 2

Februar 1966

## Aktuelle Auslese



### Steueraufkommen um 7 % gestiegen

Das Aufkommen an Landes- und Bundessteuern erhöhte sich 1965 in Schleswig-Holstein – wie 1964 – um 7 %. Das Landesteueraufkommen entwickelte sich mit einer Zunahme von gut 7 % nicht ganz so günstig wie 1964 (+ 8 %). Demgegenüber stieg das Bundessteueraufkommen mit knapp 7 % kräftiger an als 1964 (+ 6 %). Die unterschiedliche Entwicklung ist vor allem auf die geringe Zunahme der veranlagten Einkommensteuer (3 %) und die überdurchschnittliche Zunahme der Umsatzsteuer (9 %) zurückzuführen.

	1964		1965	
	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %		Mill. DM	
Bundessteuern	6	7	1 858	
Landesteuern	8	7	917	
Umsatzsteuer	12	9	638	
Lohnsteuer	14	7	524	
Veranlagte Einkommensteuer	10	3	502	



### Rund 28 000 Ausländer

Ende Juni 1965 waren in Schleswig-Holstein 27 945 Ausländer registriert, 3 670 mehr als Mitte 1964. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf die weiterhin verstärkte Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte an Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Den größten Anteil an allen Ausländern stellten auch 1965 die Spanier (13 %) gefolgt von den Dänen (12 %), Türken (9 %), Griechen (8 %) und Italienern (8 %). Dabei ist zu erwähnen, daß bei den Dänen rund 600 Grenzarbeiter mitgezählt sind, die ihren ständigen Wohnsitz in

Dänemark haben. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins betrug Mitte 1965 1,15 %.



### Säuglingssterblichkeit seit 1950 um 55 % gesunken

1964 starben 1 013 Kinder vor Vollendung ihres 1. Lebensjahres. Das entspricht einer Säuglingssterblichkeit von 22,4 je 1 000 Lebendgeborene. Dieser Wert liegt geringfügig höher als 1963 mit 957 Gestorbenen (22,0 je 1 000). Gegenüber 1950 ist die Säuglingssterblichkeit um mehr als die Hälfte (55 %) zurückgegangen. Damals sind 49,9 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gestorben.

1964 starben 425 Neugeborene in den ersten 24 Stunden nach der Geburt, weitere 325 Säuglinge innerhalb von 28 Tagen. Damit starben von den Kindern, die das erste Lebensjahr nicht überlebten, drei Viertel bereits in den ersten vier Wochen nach der Geburt. Im Jahre 1950 betrug der Anteil dieser Frühsterblichkeit 58 %. Die Säuglingssterblichkeit hat sich also seit 1950 stärker auf die ersten 7 Lebenstage verschoben.

Jahr	Von 100 gestorbenen Säuglingen starben im Alter von		
	0 – 6 Tagen	7 – 27 Tagen	28 Tagen bis 1 Jahr
1950	48	9	42
1964	65	9	26

Im Bundesgebiet starben 1964 von 1 000 Geborenen 25 im 1. Lebensjahr. Auch diese Ziffer liegt um 55 % niedriger als 1950. Günstiger als in Schleswig-Holstein lag die Säuglingssterblichkeit 1964 nur in Berlin (21,4), Bremen (19,7) und Hamburg (19,2).

# Aus dem Inhalt

## Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964 S. 28

1964 wurden in Schleswig-Holstein 21 893 Ehen geschlossen. Während 1963 noch 9,4 Ehen je 1 000 Einwohner geschlossen wurden, ging die Heiratsziffer 1964 auf 9,1 zurück. Die sinkende Tendenz der allgemeinen Heiratshäufigkeit hat sich damit weiter fortgesetzt. Sie ist eine Folge der Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Von allen Eheschließenden waren 1964 59 % unter 25 Jahre alt. Weitere 35 % standen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Von den Ehepartnern heirateten 89 % der Männer und 90 % der Frauen zum ersten Mal. 1964 heirateten die Männer im Durchschnitt mit 27,3 Jahren, die Frauen mit 24,3 Jahren. Gegenüber 1960 ist das Heiratsalter bei den Männern geringfügig gesunken, bei den Frauen aber fast unverändert geblieben. Die saisonale Verteilung der Heiratstermine über das Jahr zeigte auch 1964 das bekannte Bild mit einer besonderen Häufung von Eheschließungen in den Monaten April bis August.

Das Jahr 1964 hat mit über 45 200 Lebendgeborenen den seit 1949 stärksten Geburtsjahrgang in unserem Land gebracht. Die jetzt mit 18,9 auf 1 000 Einwohner berechnete Geburtenziffer dürfte dabei den Höhepunkt der bisherigen Entwicklung darstellen. Unter den Lebendgeborenen waren 23 400 Knaben und 21 800 Mädchen; mithin kamen auf 100 geborene Mädchen 107 Knaben. Insgesamt kamen 2 185 Kinder unehelich zur Welt. Das entspricht einer Unehelichenquote von 47 je 1 000 Geborene. Das ist die niedrigste Unehelichenquote seit Kriegsende. Aus Mehrlingsgeburten stammten 1964 1 034 Kinder, und zwar 1 004 aus Zwillinggeburten und 30 aus Drillingsgeburten.

Die Zahl der 1964 in Schleswig-Holstein registrierten Sterbefälle (28 124) lag gegenüber 1963 (29 048) um 3 % niedriger. Unter den Gestorbenen waren die Männer mit 52 % in der Überzahl. Die Sterbeziffer betrug 11,7 je 1 000 Einwohner. Herzkrankheiten bildeten auch 1964 wieder mit einem Fünftel aller Sterbefälle die häufigste Todesursache. An zweiter Stelle standen bösartige Neubildungen und an dritter Stelle Gefäßstörungen des zentralen Nervensystems. Auf Krankheiten dieser drei Gruppen waren gut 58 % aller Sterbefälle zurückzuführen. Die Säuglingssterblichkeit betrug 1964 22,4 je 1 000 Lebendgeborene. 24 Frauen starben bei der Schwangerschaft oder bei Geburten. Das entspricht einer Müttersterblichkeit von 5,2 Fällen je 10 000 Lebend- und Totgeborene.

Bei den Eheschließungen lag die Heiratsziffer in den Jahren 1962 bis 1964 in den großen Städten höher als in den Landkreisen. Der Geburtenüberschuß war – berechnet auf 1 000 Einwohner – in den Kreisen fast doppelt so hoch wie in den Städten.

## Bevölkerung nach dem Familienstand S. 33

Die Familienstandsgliederung einer Bevölkerung hängt entscheidend von ihrer Alterszusammensetzung ab. Viele kleine und schulpflichtige Kinder bedeuten viele Ledige,

viele alte Menschen bedingen viele Verwitwete und starke mittlere Jahrgänge viele Verheiratete. Etwa bis zur Jahrhundertwende blieb der Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung konstant. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigten sich auch in der Familienstandsstruktur keine großen Veränderungen. Vom ersten Weltkrieg an ändert sich dann der Altersaufbau. Damit ändert sich auch die Familienstandsgliederung. Wie eng trotz allen anderen Einflüssen der Zusammenhang zwischen dem Altersaufbau und der Familienstandsgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ist, wird in dem vorliegenden Aufsatz in mehreren Bildern gezeigt.

## Öffentliche Tiefbauaufträge 1964 S. 39

Im Jahre 1964 sind in Schleswig-Holstein öffentliche Tiefbauaufträge in Höhe von 336 Mill. DM statistisch erfaßt worden. Das sind 10 % weniger als 1963. Alle Auftraggeber von Tiefbauten – außer den Gemeinden und Gemeindeverbänden – haben zu diesem Rückgang beigetragen. Der größte Teil des Auftragsvolumens, nämlich 38 %, entfiel auf Straßen- und Straßenbrückenbauten, 32 % auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten. Das sind im wesentlichen Deichbauten, Maßnahmen der Landgewinnung und -erhaltung sowie Dränagen.

Die Gruppe der sonstigen Tiefbaumaßnahmen ist 1964 nur noch mit 20 % an den Vergaben beteiligt gewesen. Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus Tiefbauarbeiten für den Schienenverkehr und unterirdische Fernmeldeanlagen, aus dem Bau von Sportanlagen und Flugplätzen und aus Tiefbauten für Verteidigungszwecke zusammen.

Das Land hat 1964 84 % der für Tiefbauten zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel dem Straßen- und Straßenbrückenbau direkt zukommen lassen. Der verbleibende Rest verteilt sich zu gleichen Teilen auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten einschließlich des Ausbaus von Häfen und auf die Gruppe "sonstige Tiefbauten". Bei den Gemeinden als Auftraggeber von Tiefbauten liegt das Schwergewicht (90 %) bei den Straßen- und Straßenbrückenbauten und den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen. 1964 sind beide Tiefbauarten etwa gleich stark, nämlich mit je rund 50 Mill. DM, mit Aufträgen bedacht worden. Mit Aufträgen in Höhe von ebenfalls 50 Mill. DM für wasserwirtschaftliche Tiefbauten waren 1964 neben den Gemeinden die Gemeindeverbände die hauptsächlichen Bauherren. Für sie waren dies 68 % der für Tiefbauten zur Verfügung stehenden Mittel. Die Bauträger des öffentlichen und privaten Rechts haben sich ebenfalls in der Hauptsache für den Straßenbau und für die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten engagiert.

Etwa die Hälfte aller Tiefbauaufträge 1964 – gemessen an der Auftragssumme – benötigte für ihre Abwicklung mehr als ein halbes Jahr. Die für 1963 festgestellte Tendenz einer Verkürzung der Ausführungszeiten hat sich nicht fortgesetzt. Man kann eher eine leichte Zunahme der

langfristigen Tiefbauprojekte – Ausführungszeiten über ein Jahr – erkennen:

Bezieht man für einen Vergleich der Bundesländer die Vergabesummen der Tiefbauaufträge auf die jeweilige Bevölkerungszahl, so zeigt sich, daß 1964 in Schleswig-Holstein je Einwohner 153 DM für Tiefbauten in Auftrag gegeben worden sind, im Bundesdurchschnitt dagegen 134 DM. Abgesehen von dem Stadtstaat Hamburg liegt damit Schleswig-Holstein nach Niedersachsen (155 DM) an der Spitze der Bundesländer.

## Verbrauch in privaten Haushalten Seite 42

1962 bis 1964 haben im Durchschnitt je Monat 357 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik für die amtliche Statistik Haushaltsbücher geführt. Diese Haushalte waren mit Radiogeräten (einschließlich Musikschränken) sowie mit Staubsaugern, Kühlschränken und Fotoapparaten voll oder nahezu voll versorgt. Drei Viertel der Haushalte hatten ein oder mehrere Fahrräder und über drei Fünftel waren im Besitz eines Fernsehapparates.

1964 belief sich das durchschnittliche Brutto-Arbeitseinkommen, das die buchführenden Haushaltsvorstände in ihrem Hauptberuf verdienten, auf 911 DM. Dazu kamen noch 144 DM sonstige Einkommen, so daß das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen 1 054 DM ausmachte. Nach Abzug der Pflichtbeiträge für die Sozialversicherung und der Lohn- und Kirchensteuern verblieben den Haushalten ein durchschnittliches verfügbares Einkommen von 913 DM. Von diesem Einkommen wurden lediglich durchschnittlich 19 DM im Monat gespart. 894 DM wurden ausgegeben. Die reinen Lebenshaltungsaus-

gaben machten 854 DM aus. Von dieser Summe wurden 286 DM, das ist ein Drittel, zum Einkauf von Nahrungsmitteln verwendet, 110 DM (13 %) für Kleidung und 95 DM (11 %) für die Bedarfsgruppe Wohnung.

Im Laufe des Jahres 1964 gab der 4-Personen-Haushalt im Schnitt 10 250 DM für seine Lebenshaltung aus. Das waren 2 130 DM mehr als 1961. Reichlich drei Fünftel dieses Ausgabenzuwachses schlugen sich in der Steigerung des Lebensstandards nieder, während die restlichen knapp zwei Fünftel (820 DM) durch gestiegene Verbraucherpreise aufgezehrt wurden. Bei weitem am meisten steigerten die Haushalte ihre Ausgaben für die Bedarfsgruppe "Verkehr", während sie 1961 hierfür 431 DM ausgaben, wendeten sie 1964 920 DM auf. Das bedeutet einen Ausgabenzuwachs von 113 %. Die Gruppe "Wohnung" hatte von allen Bedarfsgruppen die größte Preissteigerung aufzuweisen.

## Feuerwehreinsätze 1964

Seite 47

Von den Feuerwehren Schleswig-Holsteins mußten 1964 1 727 Brände bekämpft werden, und zwar 1 140 kleine und Entstehungsbrände, 340 Mittelbrände und 247 Großbrände. Die Zahl der Brände war um etwa 300 geringer als 1963. Rund die Hälfte aller Brände brach in und an Gebäuden aus. Am meisten betroffen waren Gebäude der Landwirtschaft. Von dem gesamten Brandschaden von 30 Mill. DM entfielen 16,5 Mill. DM auf landwirtschaftliche Gebäude. Nach vorsichtigen Schätzungen konnten die Feuerwehren 1964 Werte in Höhe von 90 Mill. DM vor dem Verbrennen bewahren. Neben der Brandbekämpfung wurden die Feuerwehren mehr als 1 400mal zu sonstigen Hilfeleistungen eingesetzt.

---

## Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# Die natürliche Bevölkerungsbewegung 1964

1964 wurden in Schleswig-Holstein 21 893 Ehen geschlossen. 45 226 Kinder wurden geboren und 28 124 Menschen starben. Bezogen auf 1 000 Einwohner ergeben sich daraus folgende Häufigkeitsziffern:

	1964	dagegen 1963
Eheschließungen	9,1	9,4
Lebendgeborene	18,9	18,4
Gestorbene	11,7	12,3

Bei der Heiratsziffer hat sich damit der Rückgang nach der Spitze in den Jahren 1961 und 1962 weiter fortgesetzt. Die Geburtenziffer ist demgegenüber noch gestiegen. Der Rückgang der Sterbeziffer ist nicht nur gegenüber dem Jahr 1963, das durch besonders viele Sterbefälle an Erkrankungen der Atmungsorgane herausragte (sog. "Grippe-Spitze"), sondern auch gegenüber den Vorjahren nachweisbar.

## Eheschließungen

Die sinkende Tendenz der allgemeinen Heiratshäufigkeit ist eine Folge der Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Die jetzt ins heiratsfähige Alter eintretenden Männer und Frauen entstammen den relativ schwach besetzten Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen. Die Männer und Frauen zwischen 20 und 25 Jahren stellten 1964 etwas mehr als die Hälfte aller Eheschließenden. Von dieser Altersgruppe wird mithin die absolute Zahl der Heiraten entscheidend bestimmt. Demgemäß kann erwartet werden, daß die allgemeine Heiratsziffer (Eheschließungen je 1 000 Einwohner) steigt, wenn die Zahl der 20 - 25 Jahre alten Personen relativ stärker zunimmt als die Gesamtbevölkerung, solange sich das durchschnittliche Heiratsalter nicht grundlegend, z. B. in eine höhere Altersgruppe, verschiebt (was einer erheblich steigenden Heiratshäufigkeit bei den über 25jährigen entsprechen würde). Eine Zunahme der Zahl der 20- bis 25jährigen im gleichen Maß wie die der gesamten Bevölkerung schlägt sich in von Jahr zu Jahr gleichbleibenden Anteilen dieser Altersgruppe an allen Einwohnern nieder. Tatsächlich ist aber der Prozentsatz der in Frage stehenden Altersgruppe seit 1961 von 9,4% auf 8,3% gesunken. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtzahl der Heiratenden hat sich von 1961 bis 1964 nur sehr viel schwächer vermindert (von 52,6 auf 50,2%). Der Rückgang der allgemeinen Heiratshäufigkeit von 9,7 Eheschließungen je 1 000 Einwohner im Jahre 1961 auf 9,1 im Jahre 1964 findet damit seine Erklärung.

Von allen Eheschließenden waren 1964 im ganzen 59% unter 25 Jahre alt. Weitere 35% standen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Bis

zum 25. Lebensjahr überwiegen unter den Heiratenden die Frauen, da deren Mindestalter für die Eheschließung mit 16 Jahren festgelegt ist, während die Männer in der Regel erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres (in Ausnahmefällen bereits mit 18 Jahren) heiraten dürfen. Im gesetzlichen Mindestalter heirateten 30 18jährige Männer und 116 16jährige Frauen. Nach dem 40. Geburtstag heirateten nur noch sehr wenige Personen (8% der Männer und 5% der Frauen). Immerhin waren 24 Männer bei der Heirat über 80 Jahre alt, der älteste unter ihnen 88 Jahre.

Eheschließende nach dem Alter 1964

Alter bei der Heirat	Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
15 - 20 Jahre	226	1	3 530	16
20 - 25 "	10 331	47	11 632	53
25 - 30 "	7 451	34	4 148	19
30 - 40 "	2 207	10	1 445	7
40 - 50 "	631	3	646	3
50 - 60 "	635	3	346	2
60 Jahre alt und älter	412	2	146	1
<b>Insgesamt</b>	<b>21 893</b>	<b>100</b>	<b>21 893</b>	<b>100</b>

Von den Ehepartnern heirateten 89% der Männer und 90% der Frauen zum ersten Male. Bei den Wiederverheiratungen lagen die Prozentsätze der verwitweten und geschiedenen Männer über denen der Frauen. Männer gingen also etwas häufiger eine neue Ehe ein als Frauen. Insgesamt wurden 18 400 reine Erst-Ehen geschlossen; in 84% aller Heiraten waren Mann und Frau vorher ledig. In weiteren 5% aller Eheschließungen heiratete ein geschiedener Mann eine ledige Frau. Der umgekehrte Fall (geschiedene Frau/lediger Mann) stellte mit 4% aller Eheschließungen den dritthöchsten Anteil. Gegenüber 1963 ist der Prozentsatz der reinen Erst-Ehen zwar geringfügig gesunken (1963: 85%). Seit 1960 hat sich aber die Verteilung der Heiraten auf die einzelnen Familienstandskombinationen der Ehepartner kaum verändert; hingegen wurden noch 1958 nur bei 81 von hundert Heiraten reine Erst-Ehen geschlossen. Noch weiter zurück, in den ersten Nachkriegsjahren, lag die Quote der Erst-Heiraten jedoch sehr viel niedriger. 1947 wurden 34% aller Ehen zwischen Partnern geschlossen, von denen mindestens einer verwitwet oder geschieden war; nur bei zwei Dritteln der Heiraten waren beide Partner vorher ledig. Seither ist die Quote der Erst-Ehen allmählich gestiegen. Man kann ihren Anteil von etwa 85% - der sich im Mittel der letzten fünf Jahre ergab - wohl als den gegenwärtigen Normalwert ansehen.

Diesen über längere Zeit zu beobachtenden Veränderungen in der Familienstandsgliederung der Eheschließenden entspricht eine allmähliche Senkung des Heiratsalters. 1964 heirateten die Männer im Durchschnitt mit 27,3 Jahren, die Frauen mit 24,3 Jahren. Gegenüber 1960 ist das Heiratsalter bei den Männern geringfügig gesunken, bei den Frauen aber fast unverändert geblieben. Es fällt jedoch auf, daß bei den erstmals heiratenden Männern und Frauen in den letzten fünf Jahren keine Verschiebung des Heiratsalters eingetreten ist. Die aus dem Ledigenstand heiratenden Männer waren im Durchschnitt 25, die ledigen Frauen 23 Jahre alt. Dagegen ist das Heiratsalter der verwitweten Männer und Frauen seit 1960 angestiegen, das der geschiedenen gesunken. Auch hier hat sich, vor allem bei den Verwitweten, eine beachtliche Veränderung gegenüber 1947 ergeben. Damals hatten durch die Kriegseinwirkungen überdurchschnittlich viele Jungverheiratete ihren Ehepartner verloren. Entsprechend schlossen sie relativ jung eine neue Ehe. Das Wiederheiratsalter der verwitweten Männer lag 1947 bei 45,5 Jahren, das der Witwen bei 34,3 Jahren. 1964 waren die Witwer bei der neuen Eheschließung im Durchschnitt 55, die Witwen 46 Jahre alt. Das mittlere Heiratsalter der Geschiedenen ist gegenüber 1947 (37,6 Jahre bei Männern, 33,2 Jahre bei Frauen) nur schwach gestiegen. Daß sich im allgemeinen trotzdem eine Vorverlegung des Heiratsalters bei Männern und Frauen ergibt, liegt an der oben gezeigten starken Zunahme der Erst-Ehen.

Eheschließungen nach dem früheren Familienstand der Ehegatten 1964

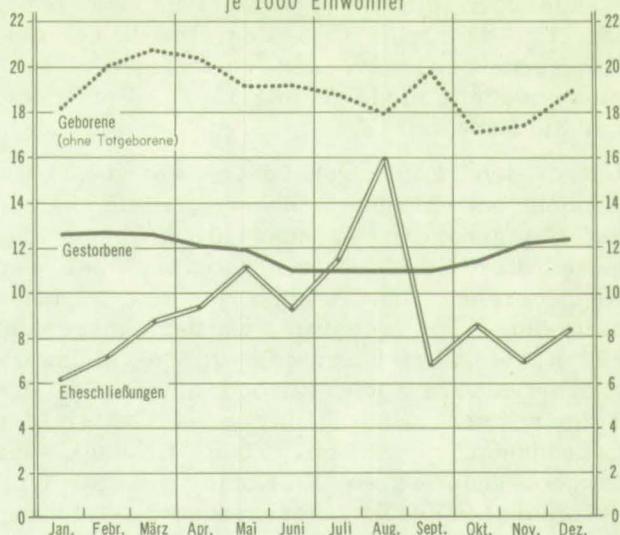
Mann	Frau				Durchschnittl. Heiratsalter der Männer (Jahre)
	ledig	verwitwet	geschieden	Insgesamt	
ledig	18 442	130	811	19 383	25,1
verwitwet	310	193	244	747	55,1
geschieden	1 015	136	612	1 763	39,7
<b>Insgesamt</b>	<b>19 767</b>	<b>459</b>	<b>1 667</b>	<b>21 893</b>	<b>27,3</b>
Durchschnittl. Heiratsalter der Frauen (Jahre)	22,9	46,4	34,8	24,3	

Die saisonale Verteilung der Heiratstermine über das Jahr zeigte wieder das bekannte Bild mit einer besonderen Häufung von Eheschließungen in den Monaten April bis August. In diesen Monaten lag die Heiratsziffer über dem Jahresdurchschnitt von 9,1 Eheschließungen je 1 000 Einwohner, in den übrigen Monaten dar-

D - 3605

## Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964

je 1000 Einwohner



unter. Die höchste Heiratsziffer ergab sich wieder für den Monat August (15,9), der aus steuerlichen Gründen immer noch als Heiratsmonat bevorzugt wird, da er bei einem Minimum an Ehedauer im Jahr (4 Kalendermonate) den Vorteil der Steuerklasse III für das ganze Kalenderjahr verschafft, sofern die Ehefrau vor und nach der Hochzeit keine eigene Erwerbstätigkeit ausübt. Da dieser Fall bei jungen Leuten heute jedoch wohl nicht die Regel bilden dürfte, ist anzunehmen, daß hier noch eine gewisse "Tradition" aus der Zeit vor 1958 die Wahl des Hochzeitstermins bestimmt, da damals der Mann die Steuervorteile eines Verheirateten tatsächlich auch für die vorausgehenden acht Monate ohne Rücksicht auf die Erwerbstätigkeit seiner Frau erhielt. Die nächsthöchste Heiratsziffer zeigte der Monat Juli (11,4). Sie muß wohl als Vorwegnahme von August-Heiraten angesehen werden, da kaum alle für den August beabsichtigten Hochzeiten in den Terminplänen der Standesämter berücksichtigt werden können. Die hohe Heiratsziffer im Mai ist darauf zurückzuführen, daß Heiratsstermine sehr gerne in die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten gelegt werden.

### Geburten

Das Jahr 1964 hat mit über 45 200 Lebendgeborenen den seit 1949 stärksten Geburtenjahrgang in unserem Land gebracht. Lediglich in den Jahren 1946 und 1948 war die Zahl der Geburten absolut höher. Da aber damals auch die Einwohnerzahl höher lag als heute, konnte die Geburtenziffer nicht an die von 1964 heranreichen. Die jetzt mit 18,9 auf 1 000 Einwohner berechnete Geburtenziffer dürfte den Höhepunkt der bisherigen Entwicklung darstellen, da nach den Erfahrungen

die Geburtenkurve in ein- bis zweijährigem Abstand der Heiratskurve folgt und diese - wie oben gezeigt - seit 1963 rückläufig ist. Für das Jahr 1965 liegt die allgemeine Geburtenziffer nach den vorläufigen Ergebnissen bereits niedriger als 1964 und erreichte nur die Höhe von 18,7.

Unter den Lebendgeborenen waren 23 400 Knaben und 21 800 Mädchen; mithin kamen auf 100 geborene Mädchen 107 Knaben. 1963 hatte die Geschlechterproportion bei den Neugeborenen 106 Knaben je 100 Mädchen betragen. Tot geboren wurden insgesamt 586 Kinder. Bei ihnen war die Geschlechterproportion 124 : 100, Knaben sind unter den Totgeborenen also häufiger als unter den Lebendgeborenen. Von 1 000 Lebend- und Totgeborenen waren 13 Kinder tot zur Welt gekommen. Die Totgeborenenquote ist in den vergangenen Jahren nicht nur in unserem Land, sondern auch im Bund stark zurückgegangen. 1950 wurden von 1 000 Geborenen noch 21 tot geboren. Der Anteil der Totgeburten ist stark unterschiedlich je nach Legitimität der Kinder. Bei ehelich Geborenen betrug er 1964 nur 12 je 1 000. Bei unehelichen Geburten jedoch lag der Anteil mit 25 Totgeborenen je 1 000 Geborene mehr als doppelt so hoch. Gegenüber 1963 ist der Anteil der Totgeborenen leicht gestiegen, nachdem vorher ein nahezu ständiger Rückgang zu verzeichnen war. So hatte sich von 1950 bis 1963 bei den ehelichen Geburten die Totgeborenenquote um ein Drittel (von 18,8 auf 12,4 je 1 000) bei den unehelichen Geburten sogar um mehr als die Hälfte (von 39,1 auf 17,3 je 1 000) vermindert.

Insgesamt kamen 2 185 Kinder unehelich zur Welt (darunter 54 Totgeborene). Unter 1 000 Lebendgeborenen waren 47 also Kinder von nichtverheirateten Müttern. 1963 betrug die

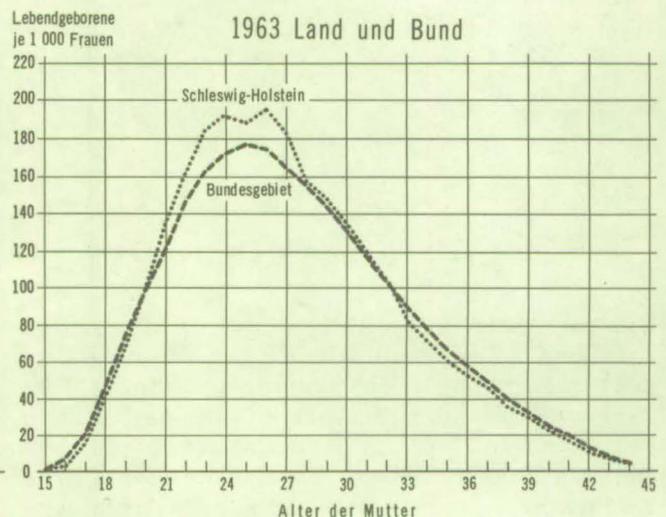
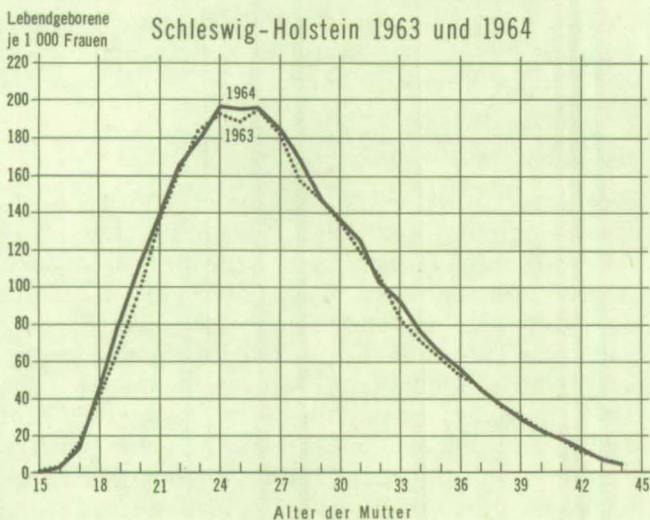
Unehelichenquote noch 52 je 1 000 Geborene. Sie hat damit 1964 den niedrigsten Stand seit Kriegsende erreicht. Der mit diesem Rückgang korrespondierende Anstieg der Ehelichenquote mag eine Folge des allgemein vorverlegten Heiratsalters sein, da bei Heiraten im jungen Alter die Wahrscheinlichkeit von unehelichen Schwangerschaften insgesamt geringer geworden ist. Andererseits wird auch ein großer Teil der Früh-ehen gerade wegen einer Schwangerschaft geschlossen. Das wird an folgenden Zahlen deutlich: Von den 9 622 im ersten Ehejahr geborenen Kindern kamen 5 708 vor Ablauf von sechs Monaten nach der Heirat zur Welt. Bei 59% dieser ehelich Erstgeborenen lag die Konzeption also vor der Hochzeit der Eltern. 1959 machte der Anteil der vorehelich gezeugten, aber bis zu sechs Monaten nach der Hochzeit geborenen Kinder noch zwei Drittel aller im ersten Ehejahr Geborenen aus. Für frühere Jahre liegen keine Vergleichszahlen vor.

Aus Mehrlingsgeburten stammten 1964 1 034 Kinder, und zwar 1 004 aus Zwillingssgeburten und 30 aus Drillingsgeburten. 1963 waren bei insgesamt 43 644 Entbindungen 507mal Zwillinge und zweimal Drillinge geboren worden. Im Durchschnitt war 1964 jede 90. Entbindung eine Zwillingssentbindung und nur auf je 4 529 Geburten kamen einmal Drillinge. Da die Zahlen wegen der Seltenheit von Mehrlingsgeburten starken Zufallsschwankungen unterliegen, kann ein Vergleich von Jahr zu Jahr nicht angestellt werden. In dem Fünfjahreszeitraum von 1960 bis 1964 kamen im Mittel bei jeder 91. Geburt Zwillinge und bei jeder 6 953. Geburt Drillinge zur Welt.

Die oben nachgewiesene allgemeine Geburtenziffer von 18,9 ist eine relativ grobe Maß-

D - 3606

### Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern



zahl, da sie in der Bezugsgröße "Einwohner" auch alle Personen einschließt, die die Geburtenhäufigkeit biologisch nicht mitbewirken (Kinder und alte Leute). Das feinste laufend verfügbare Maß liefert die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer, bei deren Berechnung die Lebendgeborenen den Frauen im gebärfähigen Alter gegenübergestellt werden. 1964 kamen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis einschließlich 44 Jahren 93 Lebendgeborene. Gegenüber 1963 (90) ist eine Steigerung um 3% zu verzeichnen. Zu dieser Erhöhung der Fruchtbarkeitsziffer haben mit wenigen Ausnahmen die Frauen aller Altersstufen zwischen 15 und 45 beigetragen. Der Anteil der unter 25jährigen und der 30- bis 35jährigen Frauen an der Gesamtfuchtbarkeit hat sich leicht erhöht. 1963 lag die Fruchtbarkeitsziffer im Vergleich zum Bundesergebnis (86,9) in Schleswig-Holstein um 4% höher. Diese Differenz gegenüber dem Bund war vor allem bedingt durch die erheblich größere Geburtenhäufigkeit bei den Frauen zwischen 20 und 32 Jahren. Wenn die Gebärwahrscheinlichkeiten des Jahres 1963 unverändert geblieben wären, würden von 10 Frauen während ihrer gesamten Fruchtbarkeitsperiode nach den Bundeswerten 25, nach den für Schleswig-Holstein ermittelten Wahrscheinlichkeiten jedoch 26 Kinder geboren werden. Der wahrscheinliche Geburtenertrag von zehn Frauen zwischen ihrem 15. und 45. Lebensjahr wurde für 1964 mit 27 Kindern berechnet. 1955 lag dieser Wert noch bei 21.

#### Gestorbene

Die Zahl der 1964 in Schleswig-Holstein registrierten Sterbefälle (28 124) lag gegenüber 1963 (29 048) um 3% niedriger. Unter den Gestorbenen waren die Männer mit 52% in der Überzahl. Dieses Geschlechterverhältnis ist seit Jahren - von geringfügigen Verschiebungen abgesehen - unverändert. Die Sterbeziffer betrug 11,7 je 1 000 Einwohner. 1963 lag sie bei 12,3. Damals war sie durch eine Häufung von Sterbefällen an akuten Erkrankungen der Atemwege im Gefolge des überaus strengen Winters 1962/63 allerdings besonders hoch gewesen. Dennoch liegt die Sterbeziffer für 1964 im Rahmen der langfristigen Entwicklung relativ niedrig und hatte den tiefsten Wert seit 1960.

Die geschlechtsspezifischen Sterbeziffern zeigten wieder das bekannte Bild einer relativ höheren Sterblichkeit bei den Männern. Von 1 000 Männern starben 1964 12,8, von 1 000 Frauen 10,7. Der Rückgang der Sterblichkeit gegenüber 1963 war bei den Männern verhältnismäßig stärker als bei den Frauen.

Herzkrankheiten bildeten auch 1964 wieder mit einem Fünftel aller Sterbefälle (rund 6 000) die häufigste Todesursache. An zweiter Stelle standen bösartige Neubildungen, an denen 5 500 Männer und Frauen starben. Gefäßstörungen des zentralen Nervensystems führten zum Tode von 4 900 Personen. Auf Krankheiten dieser drei Gruppen waren gut 58% aller Sterbefälle in unserem Lande zurückzuführen. 1963 waren sie in 55% aller Fälle als Todesursache festgestellt worden. Die Zunahme dieses Prozentsatzes von 1963 auf 1964 ist vermutlich auf den Rückgang der Erkrankungen der Atmungsorgane zurückzuführen, die wegen ihres akuten Verlaufs 1963 möglicherweise als Todesursache stärker in den Vordergrund getreten waren. Die Sterblichkeit auf Grund von Unfällen hat erneut zugenommen. Es kamen allein 694 Menschen durch Fahrzeugunfälle ums Leben, 17% mehr als 1963 (591 Sterbefälle).

Überraschend - wenn auch nur geringfügig - ist die Zahl der Säuglingssterbefälle angestiegen. Insgesamt starben 1 013 Kinder vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres, 56 mehr als 1963. Bezogen auf 1 000 Lebendgeborene ergibt sich daraus eine Säuglingssterblichkeit von 22,4 (Vorjahr: 22,0). Dieser Wert liegt aber in der Gesamtentwicklung der letzten 15 Jahre weiterhin sehr günstig. 1950 beispielsweise starben von 1 000 Lebendgeborenen noch 50 vor ihrem ersten Geburtstag. Der leichte Anstieg von 1963 auf 1964 ist allein auf die Frühsterblichkeit zurückzuführen. Innerhalb der ersten 28 Tage nach der Geburt starben nämlich 1963 von 1 000 Lebendgeborenen 15,8, 1964 hingegen 16,6. Die Sterbeziffer für ältere Säuglinge ist von 6,1 auf 5,8 gesunken.

24 Frauen starben 1964 bei der Schwangerschaft oder bei Geburten. Das entspricht einer Müttersterblichkeit von 5,2 Fällen je 10 000 Lebend- und Totgeborene. Die leichte Steigerung gegenüber 1963 (4,8 je 10 000) sollte angesichts der kleinen absoluten Zahl nicht überbewertet werden. Der Hauptteil dieser Müttersterbefälle ereignete sich bei der Entbindung und im Wochenbett. (15 Fälle oder 3,3 je 10 000 Geborene). An Komplikationen während der Schwangerschaft starben 6 und bei Fehlgeburt 3 Frauen.

#### Kreisergebnisse

Die Häufigkeit der einzelnen in der statistischen natürlichen Bevölkerungsbewegung registrierten Ereignisse variiert stark von Kreis zu Kreis.

Bei den Eheschließungen ist zunächst festzustellen, daß die Heiratsziffer in den

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene  
in den Kreisen 1964

KREISFREIE STADT Kreis	Ehe- schlie- ßungen	Lebend- geborene je 1 000 Einwohner	Ge- storbene	Geburten- über- schuß	Unehelich Lebend- geborene je 1 000 Lebend- geborene
FLensburg	9,6	16,9	12,8	4,1	61,7
KIEL	9,6	15,4	12,6	2,7	63,7
LÜBECK	9,8	17,2	11,8	5,3	72,9
NEUMÜNSTER	9,2	18,3	12,3	6,0	50,1
Eckernförde	9,4	19,7	10,6	9,1	51,8
Eiderstedt	8,3	19,8	10,6	9,1	44,3
Eutin	9,1	18,7	12,1	6,6	55,6
Flensburg-Land	9,3	22,1	10,6	11,5	23,2
Hzgt. Lauenburg	8,6	18,2	11,9	6,3	43,6
Husum	9,5	21,9	11,6	10,3	27,5
Norderdithmarschen	9,4	19,5	11,7	7,8	36,6
Oldenburg (Holst.)	8,2	18,6	12,0	6,6	61,2
Pinneberg	8,5	19,9	10,4	9,5	41,3
Plön	9,6	20,1	10,8	9,3	47,0
Rendsburg	9,1	20,2	11,5	8,8	34,8
Schleswig	8,7	19,2	14,3	4,9	47,0
Segeberg	8,7	21,0	12,1	8,9	41,4
Steinburg	9,1	18,5	12,7	5,8	38,5
Stromarn	8,8	19,2	10,7	8,5	36,8
Süderdithmarschen	9,2	19,6	12,0	7,7	29,9
Südtondern	9,2	22,3	9,5	12,7	44,5
Schleswig-Holstein	9,1	18,9	11,7	7,1	47,1

letzten drei Jahren (1962 bis 1964) in den großen Städten höher lag als in den Landkreisen. Das ist eine neue Entwicklung. 1960 und 1961 hatten die Landkreise noch höhere Heiratshäufigkeiten als die Städte. 1964 überstieg die Heiratsziffer in den Städten die Durchschnittsziffer der Landkreise um 8%, 1962 und 1963 lag sie um 3% höher. An der Spitze stand 1964 Lübeck mit 9,8 Eheschließungen je 1 000 Einwohner, gefolgt von Flensburg und Kiel mit je 9,6. Dabei lag die Heiratsziffer in Lübeck schon 1961 über dem Landesdurchschnitt, Flensburg und Kiel überschritten ihn 1962. Neumünster, wo die Heiratsziffer 1961 schon einmal überdurchschnittlich war, rückte erst 1964 wieder zu den Kreisen mit überdurchschnittlicher Heiratshäufigkeit auf. Die wenigsten Eheschließungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl hatte 1964 und 1963 der Kreis Oldenburg, der auch 1962 und 1961 ziemlich am Ende der Skala stand (1962 wurde nur in Eiderstedt, 1961 außerdem in Kiel seltener geheiratet).

Der Geburtenüberschuß war - berechnet auf 1 000 Einwohner - in den Kreisen fast doppelt so hoch wie in den Städten. Dieses Verhältnis kann seit Jahren beobachtet werden. Der Unterschied beruht zur Hauptsache auf der größeren Geburtenhäufigkeit in ländlichen Gebieten; Ihre durchschnittliche Geburtenziffer lag 1964 mit 19,8 um ein Fünftel höher

als die in den Städten (16,5). Demgegenüber war die Sterblichkeit in den kreisfreien Städten (12,3) um 7% höher als in den Kreisen (11,5). Die höchsten Geburtenüberschüsse hatten Südtondern, Flensburg-Land und Husum, die niedrigsten Kiel, Flensburg und Schleswig. Betrachtet man die beiden Komponenten des natürlichen Bevölkerungszuwachses, so fällt auf, daß der Kreis Südtondern seinen hohen Geburtenüberschuß den beiden Extremgrößen verdankt: Er hatte 1964 mit 22,3 die höchste Geburtenziffer und gleichzeitig mit 9,5 die niedrigste Sterbeziffer in Schleswig-Holstein. Flensburg-Land und Husum folgen nach der Höhe der Geburtenziffer auf den nächsten Plätzen und haben eine verhältnismäßig niedrige Sterblichkeit. Die ausgesprochen niedrigen Geburtenüberschüsse in Kiel und Flensburg sind durch die geringe Geburtenhäufigkeit und eine sehr hohe Sterblichkeit bestimmt. Beide Städte hatten die niedrigsten Geburtenziffern und hinter Schleswig und Steinburg die nächst höchsten Sterbeziffern. Für den Kreis Schleswig werden seit Jahren die höchsten Sterbeziffern ermittelt. Die hohe Sterblichkeit rührt hier vermutlich aus der großen Zahl von Anstaltspatienten (Landeskrankenhaus) her, deren Sterblichkeit weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt.

Die Unehelichenquote liegt in den Städten höher als auf dem Lande. Der Abstand hat sich in den letzten Jahren bei im ganzen gesunkener Quote noch vergrößert. 1960 waren in den Städten unter 1 000 Lebendgeborenen 88, in den Kreisen 63 uneheliche Kinder. Der Durchschnittswert der Städte lag damals um 40% über dem der Landkreise. 1964 belief sich die Unehelichenquote in den Städten auf 65 und in den Landkreisen auf 41. Bei einer Gesamtabnahme im Land in der gleichen Zeit von 69 auf 47 ist der Anteil der unehelichen Kinder unter den Lebendgeborenen in den Städten erheblich schwächer gesunken (- 26%) als in den Landkreisen (- 35%). Der Durchschnittswert der Städte lag daher 1964 um fast drei Fünftel über dem der Landkreise. Mit Abstand am höchsten war die Unehelichenquote in Lübeck, auf den nächsten Plätzen liegen Kiel und Flensburg sowie der Kreis Oldenburg. Die niedrigsten Unehelichenquoten hatten Flensburg-Land, Husum und Süderdithmarschen.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Die Eheschließungen im Jahre 1958", "Geburtenhäufigkeit 1963" und "Sterbefälle und Todesursachen 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 76 (April), 1964, S. 240 (Oktober) bzw. 1965, S. 5 (Januar) sowie "Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1964" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 239 (April)

# Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nach dem Familienstand

Bei jeder Volkszählung wird der Familienstand erfragt. Vergleicht man die Ergebnisse der letzten Zählungen, so ergeben sich von Mal zu Mal große Abweichungen, vor allem in den Anteilen der Ledigen und Verheirateten. Das war nicht immer so; die Veränderungen der Familienstandsgliederung verliefen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ungleich schwächer und viel gleichmäßiger. Aus den Familienstandskurven des ersten Bildes läßt sich vieles über die Einflüsse der deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre auf die demographische Struktur des Landes ablesen.

Der linke Teil des ersten Bildes zeigt, wie sich der Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung seit 1840 veränderte. Alters- und Familienstandskurven sind bewußt in einem Bild vereinigt worden; denn die

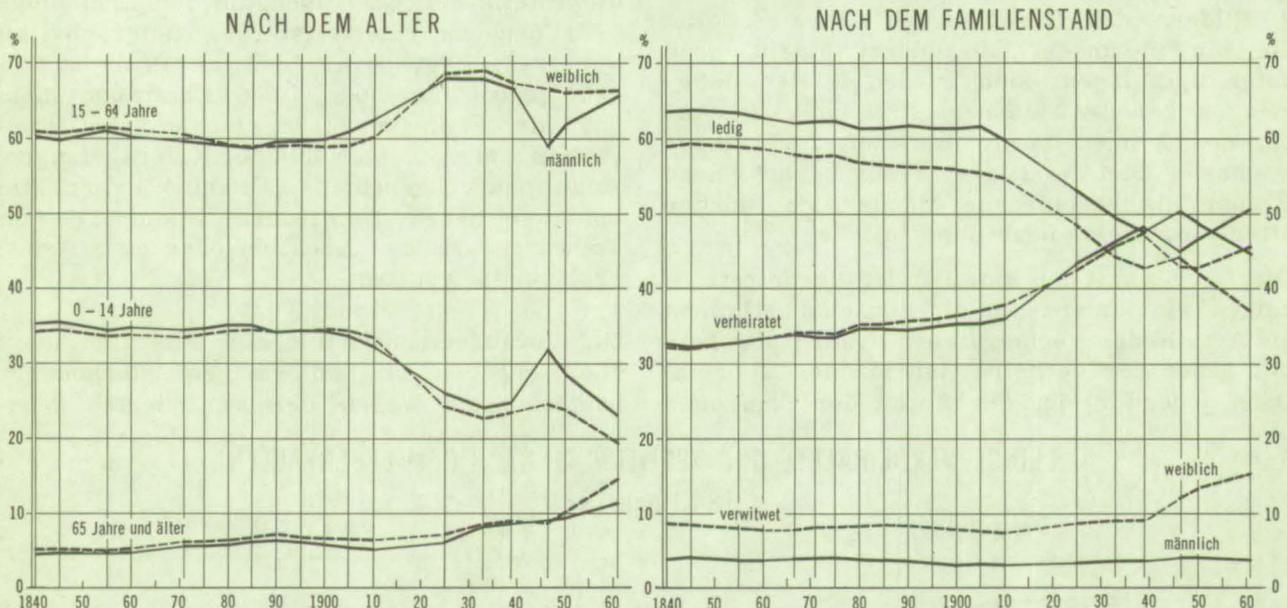
Familienstandsgliederung einer Bevölkerung hängt entscheidend von ihrer Alterszusammensetzung ab. Viele Kleinkinder und Schulpflichtige bedeuten viele Ledige, viele Alte bedingen viele Verwitwete und starke mittlere Jahrgänge viele Verheiratete<sup>1</sup>. Schon ein flüchtiger Blick auf die beiden Seiten des ersten Bildes läßt diese Zusammenhänge erkennen, die jetzt etwas ausführlicher aufgezeigt werden sollen.

Etwa bis zur Jahrhundertwende blieb der Altersaufbau konstant. Auf die Verwitweten entfiel bis zu diesem Zeitpunkt stets der gleiche Prozentsatz, während die Anteile der Ledigen beiderlei Geschlechts geringfügig sanken und die der Verheirateten ein wenig stiegen. Weder beim Altersaufbau noch beim Familienstand zeigten sich also in diesem Zeitabschnitt große Veränderungen.

D - 3598

## DIE BEVÖLKERUNG SCHLESWIG-HOLSTEINS SEIT 1840

Bild 1



Anmerkung: Gebietsstand zur Zeit der jeweiligen Zählung; 1871 bis 1910 und 1946 - ortsanwesende Bevölkerung; 1925, 1933, 1950 und 1961 - Wohnbevölkerung; 1939 - ständige Bevölkerung (ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Arbeitsdienstangehörigen); Angaben für 1871 ohne Hzgt. Lauenburg; Altersangaben für 1875 und 1933 sind fortgeschriebene Zahlen

Vom ersten Weltkrieg an ändert sich der Altersaufbau. Der Anteil der Kinder bis zu 14 Jahren fällt bis 1933 stark ab, steigt dann wieder an, am stärksten 1946 und vor allem bei den Knaben, um dann weiter zu sinken<sup>2</sup>. Die Kurve der Ledigen verändert sich etwa gleichförmig, wenn auch auf anderem Niveau.

Die Anteile der 15- bis 64jährigen, die die meisten Verheirateten stellen, nehmen dagegen bis 1933 kräftig zu. Die Anteile der Frauen dieses Alters gehen dann bis 1961 nur etwas zurück, während die der 15- bis 64jährigen Männer bis 1946 auf den aus dem vorigen Jahrhundert bekannten Stand zurück-

fallen; 1961 erreichen sie jedoch fast wieder die hohen Werte der dreißiger Jahre. Die Kurven der Verheirateten folgen denen der mittleren Lebensjahrgänge im wesentlichen, allerdings auf einer niedrigeren Ebene.

Auch die Anteile der 65 und mehr Jahre Alten wachsen seit dem ersten Weltkrieg ständig

1) Vgl. hierzu: "Familienstand der Bevölkerung" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 534 (September)

2) Der hohe Anteil der Knaben im Jahre 1946 ist nicht etwa eine Folge ansteigender Geburtenzahlen, sondern hängt mit der kriegsbedingten Reduzierung vieler Männerjahrgänge und der Abwesenheit der Kriegsgefangenen zusammen

an, in der jüngsten Vergangenheit vor allem die der Frauen. Während die Anteile der Witwen ebenfalls gestiegen sind, weist die Kurve mit den Anteilswerten der Witwer keine nennenswerten Veränderungen auf.

Der im großen und ganzen gleichförmige Verlauf der Alters- und Familienstandskurven erweist, wie eng trotz aller anderen Einflüsse der Zusammenhang zwischen dem Altersaufbau und der Familienstandsgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ist.

Für Männer und Frauen ergeben sich, wie der rechte Teil des ersten Bildes zeigt, recht erhebliche Unterschiede in der Familienstandsgliederung. In den dargestellten Jahren waren von den Frauen stets weniger ledig und mehr verwitwet als von den Männern. Das liegt am frühen Heiratsalter der Frauen. Sie scheiden eher aus dem Ledigenstand aus, und der Altersunterschied der Eheleute - zusammen mit der höheren Sterblichkeit des männlichen Geschlechts - läßt mehr Frauen als Männer verwitwen. Nicht nachgewiesen sind in diesem und den folgenden 2 Bildern die Geschiedenen. Ihre Anteile, die bis in unser Jahrhundert hinein noch unter 0,5% lagen, sind in den letzten Jahrzehnten bei den Männern bis auf 1,3% und bei den Frauen sogar bis auf 2,5% angewachsen. Stets gab es mehr geschiedene Frauen als geschiedene Männer, da Männer öfter wieder eine neue Ehe schließen<sup>3</sup>.

Die Kurven mit den Anteilen der Verheirateten zeigen ein anderes Bild. Zunächst stimmen die Anteile der verheirateten Frauen ungefähr mit denen der verheirateten Männer überein. Dann jedoch steigt der Anteil der Ehefrauen

schneller als der der Ehemänner. 1910 liegen die beiden Anteile um 2 Punkte auseinander. Nach dem ersten Weltkrieg verkehrt sich das Bild. Von nun ab ist von der männlichen Bevölkerung ein höherer Prozentsatz verheiratet als von der weiblichen.

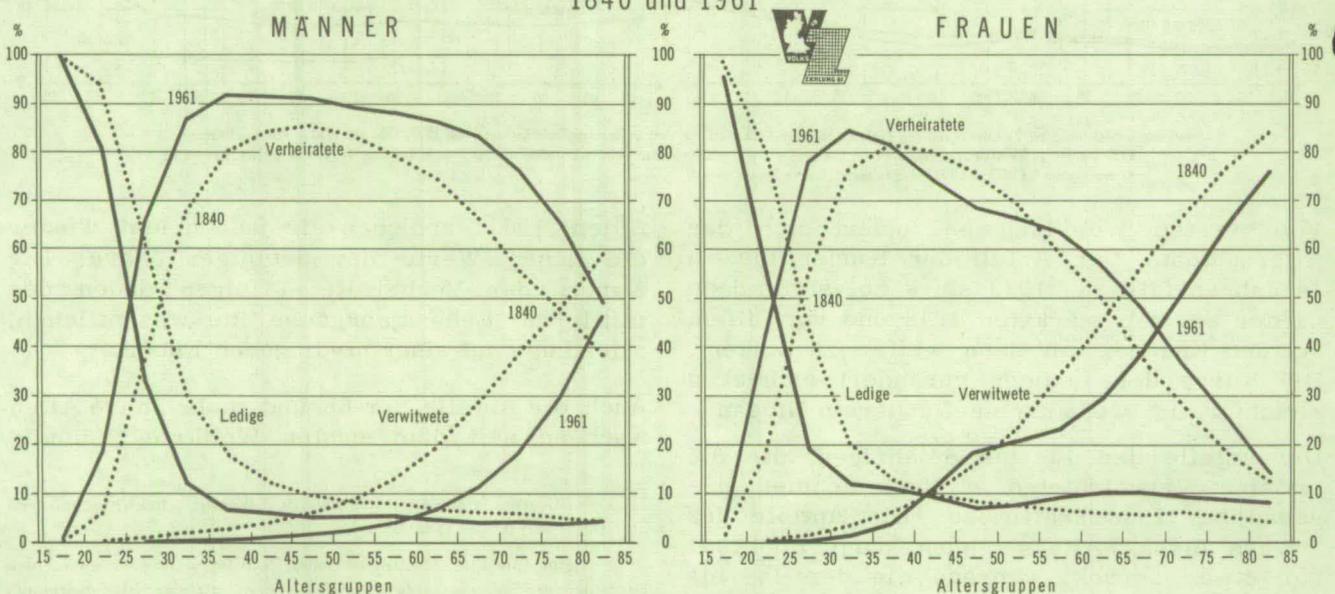
Der Männerüberschuß stieg von 1880 bis 1910 von 3 000 auf 41 000. Dies lag nicht zuletzt am Aufbau der kaiserlichen Marine. Die Anteile der verheirateten Männer und Frauen differierten immer stärker. 1925, also 7 Jahre nach dem ersten Weltkrieg, gab es dann einen Überschuß von 20 000 Frauen, der bis 1939 auf 4 000 zurückging. In diesen Jahren lag der Anteil der verheirateten Männer zum ersten Mal deutlich über dem der verheirateten Frauen. Ein Jahr nach dem letzten Weltkrieg war die weibliche Bevölkerung sogar um 262 000 Personen größer als die männliche. Dieser Überschuß fiel bis 1950 auf 174 000 und bis 1961 auf 130 000. Die Anteile der verheirateten Frauen lagen bis zu einem Zehntel unter denen der verheirateten Männer. Daß die Anteile der Ehefrauen die der Ehemänner 1961 dennoch relativ stärker unterschritten als 1946, liegt daran, daß es 1946 88 000, 1961 jedoch nur noch 4 000 Ehefrauen mehr gab als Ehemänner. Inzwischen sind viele verheiratete Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, Ehefrauen vermißter Soldaten haben inzwischen Nachricht vom Tode ihrer Männer erhalten oder eine Todeserklärung abgegeben.

Die Voraussetzungen für eine Ehe sind heute eher gegeben als im vorigen Jahrhundert, hauptsächlich wegen der veränderten Wirt-

D - 3599

### LEDIGE, VERHEIRATETE UND VERWITWETE NACH DEM LEBENSALTER 1840 und 1961

Bild 2



3) Vgl. hierzu: "Familienstand der Bevölkerung" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 530 und 536 (September) und "Ehelösungen durch den Tod" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 467 (August)

schaftsstruktur. Dem damals noch zahlreichen landwirtschaftlichen Gesinde, das auf dem bäuerlichen Anwesen lebte, fehlte es oft an Geld und Wohnraum, um eine Familie zu gründen<sup>4</sup>. Bild 2 zeigt, daß von den Männern jedes dargestellten Alters 1961 prozentual erheblich mehr verheiratet waren als 1840. Besonders hoch ist der Anstieg bei den jungen und den älteren Männern. Die hohen Verheiratetenquoten der jungen Männer sind Ausdruck der frühen Eheschließungen der Gegenwart. Daß von den älteren Männern prozentual mehr verheiratet sind als 1840, liegt dagegen vor allem an der gesunkenen Sterblichkeit der Frauen. Die Verwitwetenquote der Männer ist für manche Altersgruppe auf weniger als die Hälfte abgesunken. Daß mehr ältere Männer verheiratet und weniger verwitwet sind, liegt zum Teil auch daran, daß heute mehr Witwer erneut eine Ehe eingehen<sup>5</sup>.

Auch von den jüngeren Frauen sind 1961 prozentual viel mehr verheiratet als 1840. Die Verheiratetenquoten der älteren Frauen sind zwar auch gestiegen, bleiben jedoch wie 1840 erheblich hinter denen der gleichaltrigen Männer zurück. Der Anteil der Verheirateten unter den 35- bis 55jährigen Frauen ist heute sogar geringer als 1840. Die Verheiratetenquoten der Frauen in den mittleren und höheren Altersjahrgängen sind vor allem durch die beiden Weltkriege ungünstig beeinflusst worden. Eine große Zahl Frauen ist deswegen verwitwet, ledig geblieben oder geschieden worden. Besonders deutlich ist der Einfluß des zweiten Weltkrieges.

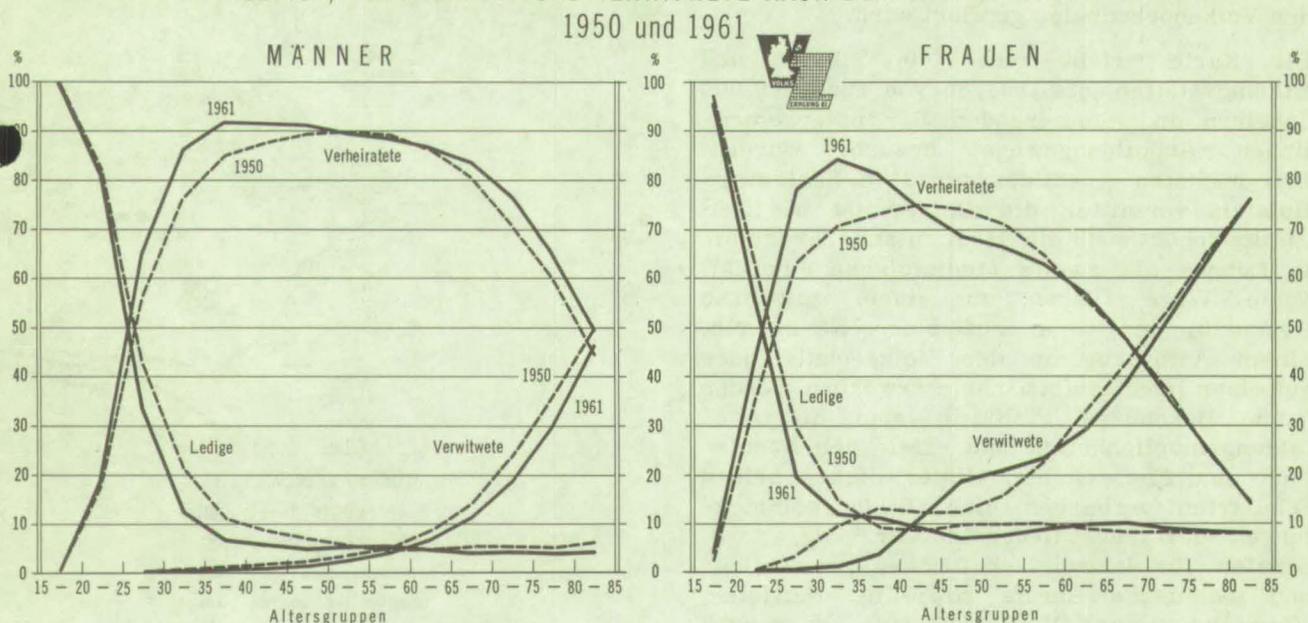
Wegen der vielen Gefallenen sinken die heutigen Verwitwetenquoten der Frauen erst etwa vom 50. Lebensjahr an merklich unter die des Jahres 1840. Die mit dem Krieg verbundene lange Trennung der Eheleute ließ die Scheidungszahl anschnellen. In den mittleren Altersgruppen der Frauen befinden sich daher bis zu 6% Geschiedene. Ungünstig ausgewirkt auf die Verwitweten- und Verheiratetenquote der Frauen hat sich auch der nicht so starke Rückgang der Sterblichkeit beim männlichen Geschlecht.

Die Bereitschaft zur Eheschließung hat auch in der jüngsten Vergangenheit weiter zugenommen. Bild 3 zeigt, daß von den jungen Leuten heute mehr heiraten als vor zehn Jahren. Das Durchschnittsalter der heiratenden Männer sank seit 1950 von 30,8 Jahren auf 27,4 Jahre, das der heiratenden Frauen von 26,9 Jahren auf 24,3 Jahre. Bei den Männern ergibt sich auch für die älteren Jahrgänge eine deutliche Zunahme der Verheiratetenquote. Dieser Anstieg geht mit einem prozentualen Rückgang der Verwitweten je Altersgruppe einher. Auch von den 30- bis 40jährigen Frauen sind 1961 prozentual erheblich mehr verheiratet als 1950; 1950 waren viele Frauen dieses Alters verwitwet. Davon zeugen heute unter anderem die gegenüber 1950 geringeren Verheiratetenquoten der im fünften und sechsten Lebensjahrzehnt stehenden Frauen. Für die älteren Frauen ist seit 1950 keine Steigerung der Anteile der Verheirateten festzustellen. Die niedrigeren Verwitwetenquoten wurden durch höhere Ledigen- und Geschiedenenquoten ausgeglichen.

D - 3600

### LEDIGE, VERHEIRATETE UND VERWITWETE NACH DEM LEBENSALTER

Bild 3



4) Vgl. hierzu: "Familienstand der Bevölkerung" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 535 f. (September)

5) Vgl. hierzu: "Alter und Familienstand der Bevölkerung Ende 1959 sowie Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung im Jahre 1960" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 225 (April)

# Weiterführende Schulen und Bildungsstätten 1964/65

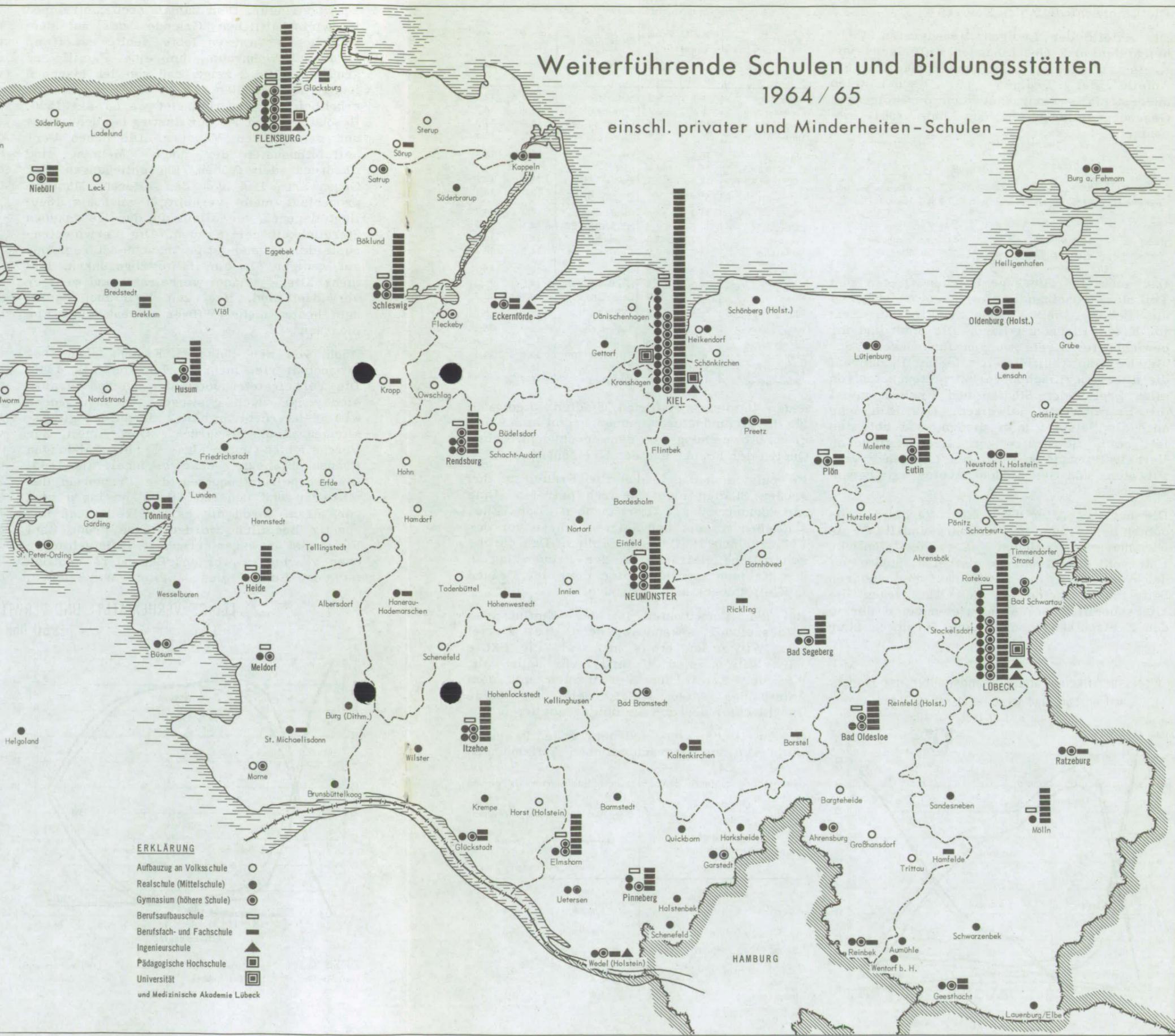
einschl. privater und Minderheiten-Schulen

Die nebenstehende Karte ist eine Standortkarte. Sie zeigt, wie sich die öffentlichen und privaten weiterführenden Schulen und Bildungsstätten 1964/65 über das Land verteilt haben. Sie enthält nur die Bildungseinrichtungen, die in ihrem Ausbildungsziel über den Volksschulabschluß hinausführen. Außer den Volks- und Sonderschulen fehlen auch die zahlreichen Berufsschulen und die Stätten der Erwachsenenbildung, wie sie z. B. in den Volkshochschulen gepflegt wird.

Die Karte erfaßt rund 440 Schulen und Bildungsstätten, die 1964/65 von rund 100 000 Schülern und Studierenden der unterschiedlichen Ausbildungswege besucht wurden. Den höchsten Ausbildungsgrad in Schleswig-Holstein vermittelt die Universität in Kiel. Zu ihr gehört auch die Medizinische Akademie in Lübeck als zweite Medizinische Fakultät. Viele Wege führen zu einem mittleren Abschluß, der u. a. auf einer Realschule, einem Aufbauzug an der Volksschule oder auf einer Berufsaufbauschule erworben werden kann. Besonders vielfältig sind die Ausbildungsmöglichkeiten und -ziele der Berufsfach- und Fachschulen. Hinter diesen beiden Schularten verbergen sich Bildungseinrichtungen der verschiedensten Prägung, z. B. Schulen für landwirtschaftliche, gewerbliche und technische Berufe sowie für Handels-, Verwaltungs- und Verkehrsberufe, aber auch Schulen für Berufe der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege und Berufe des Geistes- und Kunstlebens.

### ERKLÄRUNG

- Aufbauzug an Volksschule ○
- Realschule (Mittelschule) ●
- Gymnasium (höhere Schule) ⊙
- Berufsaufbauschule ▭
- Berufsfach- und Fachschule ▮
- Ingenieurschule ▲
- Pädagogische Hochschule □
- Universität
- und Medizinische Akademie Lübeck



## Die Unterschiede in den Kreisen

Die Anteile der Ledigen, Verwitweten, Verheirateten und Geschiedenen differieren von Kreis zu Kreis. Wie unterschiedlich die Anteile der Ledigen und Verheirateten äußerstenfalls sind, läßt sich der folgenden Gegenüberstellung für das Jahr 1961 entnehmen:

	Niedrigstwert	Höchstwert
Männer		
ledig	41 % (Lübeck)	49 % (Kr. Flensburg-Land)
verheiratet	47 % (Kr. Flensburg-Land)	53 % (Lübeck)
Frauen		
ledig	35 % (Lübeck)	43 % (Kr. Südtondern)
verheiratet	42 % (Kr. Südtondern)	48 % (Kr. Pinneberg)

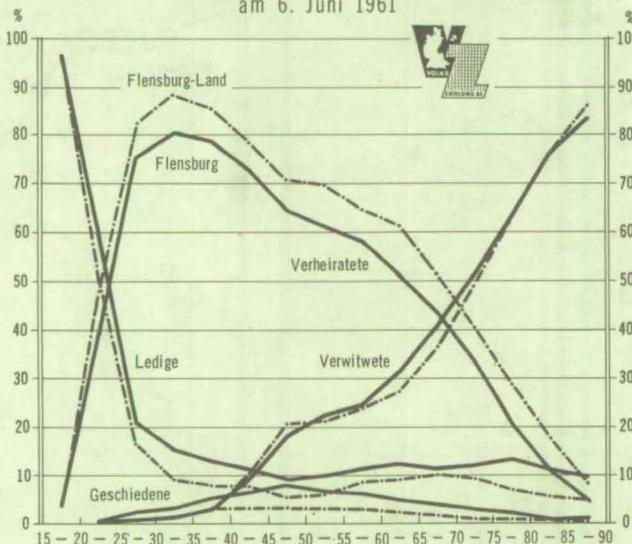
Daß auch die altersspezifischen Quoten zum Teil stark voneinander abweichen, zeigt Bild 4 am Beispiel der Frauen in Flensburg und im Kreis Flensburg-Land. Die Stadt und ihr benachbarter Kreis wurden für diesen Vergleich ausgewählt, weil sie in Bezug auf die altersspezifischen Verheiratetenquoten von allen kreisfreien Städten und Kreisen meist die Extremwerte aufweisen. Das Bild mag auch als Beispiel dafür dienen, wie nötig es ist, beim Betrachten von altersspezifischen Verheiratetenquoten auch die Ledigen-, Verwitweten- und Geschiedenenquoten mit heranzuziehen.

Die auf das Alter bezogenen Verheiratetenquoten der Frauen in Flensburg und im Kreis Flensburg-Land legen es nahe, ähnliche Unterschiede für die kreisfreien Städte auf der einen und die Kreise auf der anderen Seite zu vermuten. In der Tat liegen die altersspezifischen Verheiratetenquoten der in den Kreisen lebenden Frauen durchweg über

D - 3601

Bild 4

Altersspezifische Familienstandsquoten der Frauen in Flensburg und im Kreis Flensburg-Land am 6. Juni 1961



## Die Verwitwetenquote in Abhängigkeit vom Alter

KREISFREIE STADT Kreis	Von 100 Männern waren		KREISFREIE STADT Kreis	Von 100 Frauen waren	
	65 Jahre und älter	verwitwet		65 Jahre und älter	verwitwet
Südtondern	9,8	3,2	Südtondern	11,6	12,3
Pinneberg	9,9	3,1	Pinneberg	13,0	14,1
Flensburg-Land	10,8	3,6	Flensburg-Land	13,4	13,7
Stormarn	10,8	3,2	Oldenbg.(Holst.)	13,5	13,9
Oldenbg. (Holst.)	10,9	3,6	Stormarn	13,6	14,4
FLENSBURG	11,1	3,4	Plön	13,8	14,4
NEUMÜNSTER	11,1	3,2	Eckernförde	13,9	14,5
Husum	11,2	3,6	Husum	13,9	14,1
Plön	11,2	3,6	Rendsburg	14,0	14,7
LÜBECK	11,7	3,4	NEUMÜNSTER	14,1	15,3
Segeberg	11,7	3,8	Segeberg	14,3	15,0
Schleswig	11,7	3,9	Eiderstedt	14,5	14,4
Rendsburg	11,8	3,7	Hzgt. Lauenbg.	14,5	15,7
KIEL	11,8	3,4	Norderdithm.	14,8	16,3
Eutin	12,0	3,8	LÜBECK	14,9	15,7
Eckernförde	12,0	3,8	Eutin	15,0	16,2
Hzgt. Lauenbg.	12,1	3,8	Süderdithm.	15,2	15,6
Eiderstedt	12,2	3,6	Schleswig	15,4	15,6
Steinburg	12,5	3,8	FLENSBURG	15,6	16,1
Süderdithm.	12,8	4,2	KIEL	15,8	15,7
Norderdithm.	13,0	4,2	Steinburg	15,9	16,7

denen in den kreisfreien Städten. Lediglich für die Neumünsteranerinnen ergibt sich keine große Abweichung von den durchschnittlichen Quoten der Frauen aus den Kreisen.

Es zeigt sich dabei, daß die Frauen in den großen Städten nicht so früh heiraten. Eine Auswertung der Altersangaben der Eheschließenden aus den letzten Jahren vor der Volkszählung 1961 bestätigt dies: Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen lag in den Kreisen deutlich unter dem der Frauen in Kiel, Lübeck und Flensburg.

Bei den Verwitweten ist der Einfluß des Altersaufbaus erkennbar; denn drei Viertel aller Witwer und etwas mehr als die Hälfte aller Witwen sind 65 und mehr Jahre alt. Wie der Anteil der Verwitweten mit dem Anteil der Alten steigt, zeigt für beide Geschlechter deutlich die obige Tabelle.

Die Anteile der Geschiedenen werden in erster Linie von den unterschiedlichen Auffassungen

Geschiedenenquoten in den schleswig-holsteinischen Gemeinden am 6. 6. 1961

Gemeindegröße (Einwohner)	Von 100 15 und mehr Jahre alten	
	Männern	Frauen
unter 5 000	1,3	2,2
5 000 bis " 10 000	1,7	3,1
10 000 " " 20 000	1,8	3,3
20 000 " " 50 000	1,8	3,5
50 000 und mehr	2,1	4,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1,7</b>	<b>3,1</b>

in Stadt und Land bestimmt. Die ländliche Bevölkerung faßt die Ehe offenbar in stärkerem Maße als unlösliche Lebensgemeinschaft auf. Aus der letzten Tabelle ist ersichtlich, wie die Anteile der Geschiedenen vom Land zur Stadt steigen. Für das Bundesgebiet erbrachte eine Auszählung der Ehescheidungen nach der Gemeindegröße 1954 ein ähnliches Ergebnis. Die auf die Bevölkerung bezogenen Ehe-

scheidungszahlen waren damals in den Großstädten fast doppelt so hoch wie in den Gemeinden mit 2 000 bis 100 000 Einwohnern und in diesen doppelt so hoch wie in den kleineren Gemeinden<sup>6</sup>.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

6) Vgl. hierzu: "Die gerichtlichen Ehelösungen im Jahr 1954" in Wirtschaft und Statistik 1955, S. 547 f.

## Die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1964

Auftragsvolumen um 10% geringer

Im Jahre 1964 sind öffentliche Tiefbauaufträge im Werte von 336 Mill. DM statistisch erfaßt worden<sup>1</sup>. Das sind 38 Mill. DM oder rund 10% weniger als 1963. Alle Auftraggeber von Tiefbauten - außer den Gemeinden und Gemeindeverbänden - haben zu diesem Rückgang beigetragen, am meisten das Land mit allein 31 Mill. DM (- 50%) und der Bund mit 20 Mill. DM (- 16%). Auch die in die Berichterstattung einbezogenen juristischen Personen des öffentlichen Rechts und solche des privaten Rechts mit überwiegender Beteiligung der öffentlichen Hand - die sonstigen Bauherren - haben 1964 um 8 Mill. DM (- 36%) weniger im Tiefbau investiert als 1963.

Wie bereits erwähnt ist die Entwicklung des Auftragsvolumens auf der kommunalen Ebene, d. h. bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden, entgegengesetzt verlaufen. Sie haben zusammen 1964 um 20 Mill. DM mehr Tiefbauaufträge vergeben als im Vorjahr. Somit hat sich die seit 1962 festzustellende Tendenz der Verlagerung der Tiefbauaufträge vom Bund und dem Land auf die Gemeinden und Gemeindeverbände weiter bestätigt.

Zur richtigen Einschätzung dieser gegenläufigen Entwicklung muß darauf hingewiesen

Die Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren  
1961 - 1964

Jahr	Aufträge Insges.		davon entfallen auf									
			Bund		Land		Gemeinden		Gemeindeverbände		Sonstige	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1961	407	100	195	48	36	9	101	25	63	15	13	3
1962	539	100	260	48	84	16	85	16	87	16	24	4
1963	374	100	128	34	59	16	95	25	70	19	22	6
1964	336	100	108	32	28	8	112	33	73	22	14	4

werden, daß in der Tiefbaustatistik nach den Bauherren unterschieden wird, die nicht immer identisch sind mit den Geldgebern. Das Land ist sowohl direkt als Bauherr an den Tiefbauaufträgen beteiligt, als auch indirekt in Form von finanziellen Zuweisungen an die Gemeinden für kommunale Tiefbauvorhaben. Bei einem gegebenen Haushaltsvolumen des Landes für Tiefbauten bedeuten mehr Zuweisungen an die Gemeinden weniger eigene Investitionen.

Mehr wasserwirtschaftliche Tiefbauten

Nach wie vor entfällt der größte Teil (38%) des Auftragsvolumens im Tiefbau auf Maßnahmen, die der Verbesserung des Straßenverkehrs dienen, also auf Straßen- und Straßenbrückenbauten. Nur etwas weniger, nämlich 32% des Auftragsvolumens, sind 1964 für wasserwirtschaftliche Tiefbauten, das sind im wesentlichen Deichbauten, Maßnahmen der Landgewinnung und -erhaltung sowie Dränagen, verwandt worden. Die Gruppe der sonstigen Tiefbaumaßnahmen ist 1964 nur noch mit 20% an den Vergaben beteiligt gewesen. Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus Tiefbauarbeiten für den Schienenverkehr und unterirdische Fernmeldeanlagen, aus dem Bau von Sportanlagen und Flugplätzen und aus Tiefbauten für Verteidigungszwecke zusammen. Der Rest (9%) des Auftragsvolumens ist für Tiefbauarbeiten an den Bundeswasserstraßen und an den Häfen des Landes vergeben worden.

Verglichen mit dem Jahr 1962, wo bisher für alle Tiefbauarten die meisten Aufträge getätigt worden sind, haben die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen absolut die geringsten Einbußen erlitten. Ihre relative Bedeutung hat sogar stetig zugenommen. Das gleiche gilt auch für die am wenigsten ins Gewicht fallenden Tiefbauarbeiten an den Bundeswasserstraßen und Häfen. Die in der Gruppe "sonstige Tiefbauten" zusammengefaßten Baumaßnahmen dagegen sind 1964 gegenüber

1) Die Tiefbauaufträge der Gemeinden mit unter 5 000 Einwohnern und die privaten Aufträge werden in der Tiefbaustatistik nicht erfaßt. Man schätzt den Repräsentationsgrad der Tiefbaustatistik auf etwa 75 %

Die Auftragsvergaben im Tiefbau nach der Tiefbauart  
1961 - 1964 in %

Jahr	Aufträge insgesamt	davon für			
		Straßen- und Straßen- brücken- bauten	Tiefbauten an Bundes- wasser- straßen und Häfen	wasser- wirt- schaft- liche Tiefbauten	sonstige Tiefbauten
1961	100	44	5	20	31
1962	100	37	6	21	35
1963	100	46	8	22	24
1964	100	38	9	32	20

1962 am stärksten, nämlich von einem Drittel des gesamten Auftragsvolumens auf ein Fünftel zurückgefallen. Auch die absoluten Auftragswerte weisen hier die stärkste Abnahme auf.

In den Ausbau des Straßenverkehrs - auch 1964 noch die mit den meisten Aufträgen bedachten Tiefbauten - ist seit 1962 ebenfalls weniger Geld geflossen. Besonders stark war aber der Rückgang des Auftragsvolumens von 1963 auf 1964, nämlich von 172 Mill. DM auf 129 Mill. DM.

Über 80% der Tiefbauaufträge des Landes für den Straßenbau

Die unterschiedlichen gemeinwirtschaftlichen Aufgaben der einzelnen öffentlichen Auftraggeber für Tiefbauten spiegeln sich in den jeweiligen Schwerpunkten der Tiefbaumaßnahmen wider. Das Land hat 84% der für Tiefbauten zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel dem Straßen- und Straßenbrückenbau direkt zukommen lassen. Der verbleibende Rest verteilt sich zu gleichen Teilen auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten einschließlich des Ausbaus der Häfen und auf die Gruppe "sonstige Tiefbauten". Mit gewissen geringfügigen Schwerpunktsverlagerungen trifft diese Aussage auch für alle zurückliegenden Jahre zu.

Bei den Tiefbauvergaben des Bundes in Schleswig-Holstein liegt das Schwergewicht, nämlich etwa die Hälfte der Vergabesumme, bei den "sonstigen Tiefbauten". Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, daß in den Auftragsvergaben des Bundes die Bundespost, die Bundesbahn und alle Tiefbaumaßnahmen für die Verteidigung enthalten sind. Knapp ein Drittel der Vergaben entfallen auf den Straßen- und Straßenbrückenbau, über ein Fünftel auf den Ausbau der Bundeswasserstraßen. Hierzu zählen in der Hauptsache die Arbeiten am Nordostseekanal, der Ausbau des Helgoländer Hafens und des Binnenhafens Kiel-Holtenau sowie das Projekt "Leuchtturm Kiel". Rückblickend läßt sich beim Bund

eine Verlagerung der Tiefbauaufträge zu Gunsten der Bundeswasserstraßen auf Kosten der "sonstigen Tiefbauten" feststellen.

Bei den Gemeinden als Auftraggeber von Tiefbauten liegt das Schwergewicht (90%) bei den Straßen-, Straßenbrückenbauten und den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen. 1964 sind beide Tiefbauarten etwa gleich stark, nämlich mit je rund 50 Mill. DM, mit Aufträgen bedacht worden. Für den Ausbau der Häfen des Landes haben die Gemeinden 7 Mill. DM, das sind rund 6% der Auftragssumme, vergeben. Der Rest von rund 4% entfiel auf die Gruppe der sonstigen Tiefbauten. Betrachtet man den Zeitraum seit 1961, so wird eine deutliche Verlagerung der Tiefbauaufträge der Gemeinden von Baumaßnahmen zur Verbesserung des Straßenverkehrs zu den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten, insbesondere zum Schutze der Küsten erkennbar.

Mit Aufträgen in Höhe von ebenfalls 50 Mill. DM für wasserwirtschaftliche Tiefbauten waren im Jahre 1964 neben den Gemeinden die Gemeindeverbände die hauptsächlichen Bauherren. Für sie waren dies 68% der für Tiefbauten zur Verfügung stehenden Mittel. Noch ausgeprägter als bei den Gemeinden haben 1964 die Tiefbaumaßnahmen der Gemeindeverbände zu Gunsten der Wasser-

Die Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Bauarten  
1961 - 1964 in %

Bauherr — Jahr	Aufträge insgesamt	davon entfallen auf			
		Straßen- und Straßen- brücken- bauten	Tiefbauten an Bundes- wasser- straßen und Häfen	wasser- wirt- schaft- liche Tiefbauten	sonstige Tiefbauten
<b>Bund</b>					
1961	100	31	9	—	60
1962	100	22	8	3	67
1963	100	28	18	2	52
1964	100	28	21	1	49
<b>Land</b>					
1961	100	88	2	9	0
1962	100	74	4	10	12
1963	100	87	0	6	7
1964	100	84	4	4	8
<b>Gemeinden</b>					
1961	100	56	1	36	6
1962	100	46	7	41	6
1963	100	45	7	44	4
1964	100	45	6	45	4
<b>Gemeinde- verbände</b>					
1961	100	33	1	64	3
1962	100	33	4	62	1
1963	100	39	0	45	16
1964	100	22	—	68	10
<b>Sonstige</b>					
1961	100	69	0	29	0
1962	100	62	—	33	5
1963	100	68	—	18	14
1964	100	54	—	40	6

wirtschaft Einbußen bei den Straßenbauten in Kauf nehmen müssen. Für Straßenbauten sind nur noch etwas mehr als ein Fünftel der gesamten Auftragssumme verwandt worden. Relativ hoch (10%) waren wie im Vorjahr die Vergaben für "sonstige Tiefbauten".

Die Bauträger des öffentlichen und privaten Rechts, d. h. die Gruppe der sonstigen Bauherren, haben sich ebenfalls in der Hauptsache für den Straßenbau (54%) und für die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten (40%) engagiert. Beim Straßenbau handelt es sich hier allerdings im wesentlichen um den Bau von Wirtschaftswegen durch die sogenannten Teilnehmergeinschaften der Flurbereinigung.

#### Kaum veränderte Ausführungszeiten

Etwa die Hälfte aller Tiefbauaufträge 1964 - gemessen an der Auftragssumme - benötigten für ihre Abwicklung mehr als ein halbes Jahr. Die für das Jahr 1963 festgestellte Tendenz einer Verkürzung der Ausführungszeiten hat sich nicht fortgesetzt. Man kann eher eine leichte Zunahme der langfristigen Tiefbauprojekte - Ausführungszeiten über ein Jahr - erkennen. Dies trifft für alle Bauherren außer den Gemeinden zu. Bei den Tiefbauaufträgen des Bundes in Schleswig-Holstein sind es 20%, beim Land 16% der Vergaben, gegenüber 15% bzw. 10% im Jahr 1963. Die Gründe hierfür sind sicher nicht in einer überforderten Tiefbaukapazität zu sehen. Es sind die 1964 vergebenen Großvorhaben des Tiefbaus, die solche langfristigen Abwicklungszeiten erfordern.

#### Relativ mehr Tiefbauaufträge als im Bund

Bezieht man für einen Vergleich der Bundesländer die Vergabesummen der Tiefbauaufträge auf die jeweilige Bevölkerungszahl, so zeigt sich, daß im Jahr 1964 in Schleswig-Holstein je Einwohner 153 DM für Tiefbauten in Auftrag gegeben worden sind, im Bundesdurchschnitt dagegen 134 DM. Abgesehen von dem Stadtstaat Hamburg liegt damit das Land nach Niedersachsen (155 DM) an der Spitze der Bundesländer gefolgt von Baden-Württemberg (143 DM) und Rheinland-Pfalz (138 DM). Der Abstand gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern hat sich gegenüber 1963 aber wesentlich verringert. 1963 vergab Schleswig-Holstein Tiefbauaufträge in Höhe von 169 DM je Einwohner, Niedersachsen 151 DM bei einem Bundesdurchschnitt von 135 DM.

Diese relativ günstige Auftragsituation für den Tiefbau in Schleswig-Holstein ist vorwiegend durch seine Küstenlage, durch seine Bemühungen um eine Verbesserung der Agrarstruktur und durch besondere Bundesaufgaben

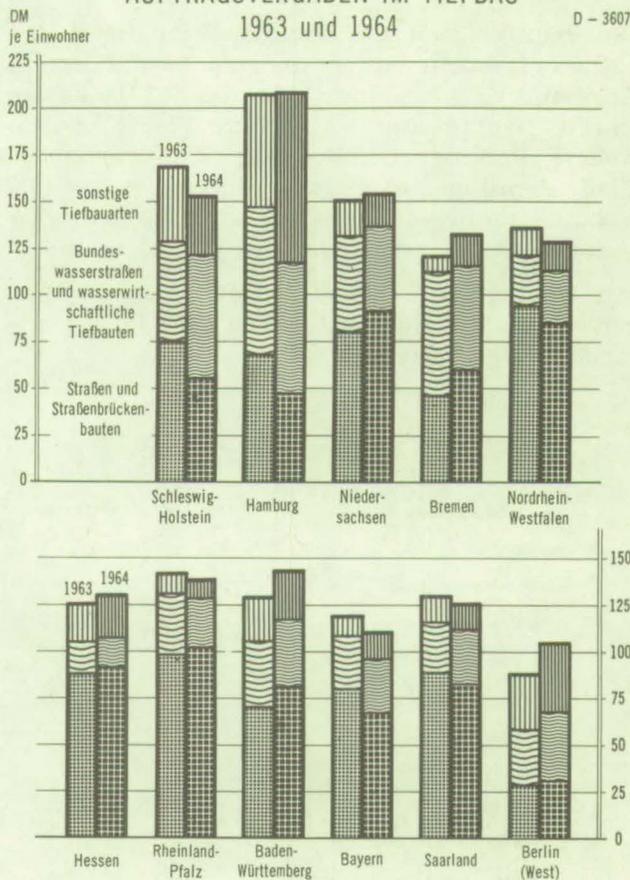
in Schleswig-Holstein bedingt. Beiden Auftragsvergaben für den Straßen- und Straßenbrückenbau bezogen auf die Bevölkerungszahl nimmt das Land aber die letzte Stelle unter den Flächenstaaten ein.

In Schleswig-Holstein entfielen 1964 je Einwohner auf den Straßen- und Straßenbrückenbau Aufträge in Höhe von 56 DM, im Bund dagegen von 79 DM. Im Jahr davor war der Unterschied zum Bund geringer gewesen (75 DM zu 81 DM). In den noch früheren Jahren lag Schleswig-Holstein sogar wesentlich über dem Bundesdurchschnitt. Die meisten Aufträge für den Straßenbau haben 1964 Niedersachsen (92 DM) und Hessen (91 DM) vergeben.

Bei den Aufträgen für die Bundeswasserstraßen und Häfen und sonstigen wasserwirtschaftlichen Tiefbauten sind verständlicherweise die Küstenländer an der Spitze der Bundesländer, und zwar Hamburg (70 DM) gefolgt von Schleswig-Holstein (66 DM), Bremen (55 DM) und Niedersachsen (45 DM) bei einem in den letzten drei Jahren konstanten Bundesdurchschnitt von 34 DM je Einwohner.

Auch in der von der Tatkraft des Bundes sehr abhängigen Gruppe der "sonstigen Tiefbauten" ist Schleswig-Holstein gut bedacht worden. Bei einem Bundesdurchschnitt von 21 DM Auftragsvergaben je Einwohner führt

AUFTRAGSVERGABEN IM TIEFBAU  
1963 und 1964



das Land mit 31 DM - abgesehen von den Stadtstaaten - die Reihe der Bundesländer an. Ihm am nächsten kommen noch Baden-Württemberg (26 DM) und Hessen (23 DM).

Zu erwähnen bleibt noch, daß Schleswig-Holstein auch 1964 je Einwohner etwas mehr Aufträge vom Bund erhalten hat, als dem Durchschnitt aller Bundesländer entspricht. Es sind hier 49 DM je Einwohner, gegenüber 47 DM im Bundesdurchschnitt. 1963 war der Abstand noch wesentlich größer gewesen, nämlich 57 DM zu 44 DM. Die Bemühungen des Landes, der Gemeinden und der Gemeinde-

verbände um die Ausführung notwendiger Tiefbauten sind demgegenüber sehr viel weniger eingeschränkt worden als im Bundesdurchschnitt. Das Land, die Gemeinden und die Gemeindeverbände zusammen haben aus ihren Haushalten für Tiefbauaufträge 96 DM je Einwohner zur Verfügung gestellt, 1963 dagegen 101 DM. Im Bundesdurchschnitt waren es nur 81 DM bzw. 84 DM.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Tiefbauaufträge 1961 bis 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 231 (September) und "Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1964" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 193 (März)

## Einkommen und Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1962-1964

In den drei Jahren 1962, 1963 und 1964 haben im Durchschnitt je Monat 357 Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik für die amtliche Statistik Haushaltsgbücher geführt. Es handelt sich bei diesen Haushalten um Ehepaare mit zwei Kindern, von denen mindestens eins jünger als 15 Jahre ist. 1964 hatten die meisten Ehepartner ein Alter von 26 bis 45 Jahren. Das Alter der Kinder streute bis zum 16. Lebensjahr ziemlich gleichmäßig, nur knapp ein Achtel der Kinder war älter.

Bei drei Fünfteln der Familien war der Haushaltsvorstand Arbeiter und bei zwei Fünfteln Angestellter. 86% der beteiligten Haushalte waren Hauptmieter, etwa ein Viertel davon wohnte in einer Dienst- oder Werkswohnung. Fünf Familien lebten zur Untermiete, 11% wohnten im eigenen Haus und die restlichen 2% besaßen eine Eigentumswohnung.

Mit langlebigen Gebrauchsgütern und Fahrzeugen waren die Haushalte Ende 1964 folgendermaßen ausgestattet:

ein Radio	besaßen 92 %
einen Staubsauger	" 89 %
einen Kühlschrank	" 83 %
einen Fotoapparat	" 80 %
ein Fahrrad	" 75 %
ein Fernsehgerät	" 63 %
eine Wäscheschleuder	" 48 %
eine mechanische Nähmaschine	" 44 %
eine Waschmaschine	" 41 %
ein elektrisches Mixergerät	" 40 %
einen Plattenspieler	" 36 %
ein Personenauto	" 30 %
eine elektrische Kaffeemühle	" 26 %
eine elektrische Nähmaschine	" 24 %

eine elektrische Küchenmaschine	besaßen 21 %
einen Waschautomat	" 19 %
einen Musikschrank	" 18 %
einen Projektor für Dias	" 12 %
ein Tonbandgerät	" 12 %
ein Telefon	" 9 %
ein Moped	" 8 %
eine Filmkamera, einen Filmprojektor, ein Motorrad, einen elektrischen Grill und einen Heimbügler	" je 3 %.

Die buchführenden Arbeitnehmerfamilien mit mittlerem Einkommen waren also mit Radiogeräten (einschl. Musikschränken) sowie mit Staubsaugern, Kühlschränken und Fotoapparaten voll oder nahezu voll versorgt. Drei Viertel der Haushalte hatten ein oder mehrere Fahrräder und über drei Fünftel waren im Besitz eines Fernsehapparates. Alle übrigen oben aufgezählten Gebrauchsgüter kamen in weniger als der Hälfte der Familien vor. Im Vergleich mit entsprechenden Angaben aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 zeigt sich eine merkliche Verbesserung der Ausstattung.

### Haushaltseinkommen

Es ist schon erwähnt worden, daß es sich bei diesen Haushalten um verheiratete Arbeitnehmer mit zwei Kindern handelt. Ein weiteres Erhebungsmerkmal ist das monatliche Brutto-Arbeitseinkommen. Ab 1964 muß es zwischen 650 DM und 1 000 DM liegen und in erster Linie vom Haushaltsvorstand verdient werden. Im Jahre 1964 belief sich das durchschnittliche Brutto-Arbeitseinkommen, das die buchführenden Haushaltsvorstände in ihrem Hauptberuf verdienten, auf 911 DM. Dazu kamen noch an sonstigen Arbeitseinkommen 33 DM und an anderen Einnahmen 111 DM, so daß das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen

Das monatliche Haushaltseinkommen und seine Verwendung bei den buchführenden 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik

Einnahmen- oder Ausgabenart	1961	1962	1963	1964	Veränderung 1964 gegen 1961 in %
	DM				
Brutto-Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf	720	797	862	911	+ 26
Sonstige Arbeitseinkommen	26	28	30	33	+ 26
Andere Einnahmen	77	86	88	111	+ 45
Einnahmen insgesamt abzüglich	823	910	980	1 054	+ 28
Gesetzl. Versicherungen	75	79	84	88	+ 17
Steuern	24	35	44	54	+ 122
Ausgabefähige Einnahmen abzüglich: Ersparnisse	723	796	852	913	+ 26
	24	26	28	19	- 20
Verbrauchsausgaben	699	770	825	894	+ 28
davon					
Ausgaben für die Lebenshaltung	676	744	796	854	+ 26
Sonstige Verbrauchsausgaben	23	26	29	40	+ 74

1 054 DM ausmachte. Zur Sammelgruppe "sonstige Einnahmen" gehören Pensionen, Renten, Unterstützungen sowie Geldgeschenke und der Geldwert der Sachgeschenke.

1964 mußten die buchführenden Familien monatlich im Schnitt 88 DM Pflichtbeiträge für die Sozialversicherung und 54 DM Lohn- und Kirchensteuern abführen, so daß ihnen an ausgabefähige Einnahmen 913 DM verblieben. Dieses verfügbare Einkommen gaben sie fast ausschließlich zum Verbrauch aus. Lediglich 19 DM sind als durchschnittliche monatliche Ersparnis<sup>1</sup> anzusehen. 96% der Verbrauchsausgaben verwendeten die Haushalte für die Lebenshaltung. Die restlichen 4% sind sonstige Verbrauchsausgaben. Hierzu gehören hauptsächlich Aufwendungen für Garten und Eigenheim, Unterstützungen und Geschenke sowie Verluste und Verschiedenes.

In den drei Jahren von 1962 bis 1964 stieg das monatliche Brutto-Arbeitseinkommen, das die buchführenden Haushaltsvorstände in ihrem Hauptberuf verdienten, um 191 DM auf 911 DM; das entspricht einem Anstieg um 26%. In dem Dreijahreszeitraum davor (1959 - 1961) war das entsprechende Einkommen nur um 143 DM auf 720 DM gestiegen; das war ein Anstieg um 25%.

Die Einkommensverbesserung der buchführenden Haushalte liegt im Rahmen der allgemeinen

<sup>1</sup>) Sie errechnet sich folgendermaßen: Von den Beiträgen zu freiwilligen Versicherungen, den Barbeständen am Ende des Monats, den Einzahlungen auf Konten und den Rückzahlungen von Schulden werden die Barbestände am Anfang des Monats, die Abhebungen von Konten, die Aufnahmen von Schulden und die Einnahmen aus Verkauf und Tausch abgezogen

Der Anstieg der Arbeitnehmereinkommen, der Verbraucherpreise und des Lebensstandards in der Bundesrepublik

	1961	1962	1963	1964	Anstieg 1964 gegenüber 1961 in %
Brutto-Monatsgehalt der männl. Angestellten in Industrie und Handel in DM	788	855	911	969	23
Brutto-Wochenlohn der männl. Industriearbeiter in DM	147	161	172	186	27
Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen (1962 = 100)	97	100	103	105	9
Meßziffer des Lebensstandards von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen (1962 = 100)	94	100	104	109	16

Einkommensentwicklung. Das Brutto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten in Industrie und Handel erhöhte sich in beiden Dreijahreszeiträumen jeweils um 23% und der Brutto-Wochenlohn der männlichen Industriearbeiter steigerte sich beide Male um 27%. In der Zeit von 1959 bis 1961 kletterte das besagte Brutto-Monatsgehalt um 149 DM und von 1962 bis 1964 um 181 DM, der Bruttowochenlohn stieg zuerst um 31 DM und dann um 39 DM. Absolut betrachtet, konnten mithin sowohl die Angestellten wie auch die Arbeiter ihr Arbeitseinkommen in den letzten Jahren stärker aufbessern als in den drei Jahren davor.

Das Haushaltseinkommen nahm im letzten Dreijahreszeitraum nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis viel stärker zu als in den drei Jahren davor. Von 1959 bis 1961 stieg es um 145 DM oder um 21%, von 1962 bis 1964 hingegen um 232 DM oder um 28%. Immerhin rühren 34 DM dieses Einnahmezuwachses von 1962 bis 1964 aus dem Anstieg der "anderen Einnahmen", wie Renten, Unterstützungen und Geschenke her. Hier macht sich die Erscheinung bemerkbar, daß mit zunehmendem Wohlstand mehr und wertvollere Geschenke gegeben werden.

Die ausgabefähigen Einnahmen erhöhten sich von 1959 bis 1961 um genau ein Fünftel und von 1962 bis 1964 um 26%. Dem entsprechen die absoluten Mehrbeträge von 123 DM und 190 DM. Obwohl die buchführenden Haushalte in höhere Beitragsklassen der Sozialversicherung und in höhere Steuergruppen hineinwuchsen, nahm ihr verfügbares Einkommen im letzten Dreijahreszeitraum noch stärker zu als in den drei Jahren davor.

In den Jahren 1962 und 1963 dehnten sich die Verbrauchsausgaben im gleichen Verhältnis

aus, wie die ausgabefähigen Einnahmen. 1964 jedoch stiegen die Verbrauchsausgaben stärker als das verfügbare Einkommen. Dies ging allerdings nur zu Lasten der Ersparnisse.

Die buchführenden Familien konnten ihren Lebensstandard nicht genau so stark steigern wie ihr verfügbares Einkommen stieg, weil die Verbraucherpreise von 1962 bis 1964 um fast 9% geklettert sind. Obwohl ihnen an ausgabefähigen Einnahmen ein Viertel mehr zur Verfügung stand, konnten sie wegen der Preissteigerungen ihren Lebensstandard nicht im gleichen Maße, aber immerhin um gut 16% erhöhen.

#### Die Verbrauchsausgaben im Jahre 1964

Im Jahre 1964 beliefen sich in der Bundesrepublik die monatlichen Verbrauchsausgaben der Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen im Schnitt auf 894 DM. Zieht man davon die 40 DM sonstige Ausgaben ab, die diese Familien für Unterstützungen und Geschenke, die Bewirtschaftung des Gartens und für das eigene Haus aufwendeten, so verbleiben für die reine Lebenshaltung 854 DM. Diese Lebenshaltungsausgaben verteilten sich folgendermaßen auf die verschiedenen Bedarfsgruppen:

Nahrungsmittel	286 DM oder 34 %
Bekleidung	110 DM oder 13 %
Wohnung	95 DM oder 11 %
Bildung und Unterhaltung	81 DM oder 10 %
Verkehr	77 DM oder 9 %
Hausrat	66 DM oder 8 %
Getränke und Tabakwaren	60 DM oder 7 %
Reinigung und Körperpflege	41 DM oder 5 %
Heizung und Beleuchtung	38 DM oder 4 %

Etwas über ein Drittel der Lebenshaltungsausgaben wurde also zum Einkauf von Nahrungsmitteln verwendet. Auf die einzelnen Nahrungsmittel entfielen dabei folgende Ausgabenanteile:

Fleisch und Fleischwaren	81 DM oder 28 %
Brot und Backwaren	34 DM oder 12 %
Obst und Obstkonserven	25 DM oder 9 %
Milch	21 DM oder 7 %
Zucker und andere Süßwaren	20 DM oder 7 %
Gemüse und Gemüsekonserven	16 DM oder 6 %
Butter	15 DM oder 5 %
Eier	13 DM oder 4 %
Fette und Öle (ohne Butter)	11 DM oder 4 %
Nährmittel, Hülsenfrüchte und Suppenpräparate	11 DM oder 4 %
Sonstige Nahrungsmittel	10 DM oder 3 %
Fertige Mahlzeiten	9 DM oder 3 %
Käse	8 DM oder 3 %
Kartoffeln	6 DM oder 2 %
Fische und Fischwaren	5 DM oder 2 %

Von den Genußmitteln, für die die Haushalte mit mittlerem Einkommen 1964 im Durchschnitt je Monat 60 DM ausgaben, entfallen 30 DM auf alkoholische Getränke und kleinere Gastwirtschaftsausgaben, 17 DM auf Tabak und Tabakwaren und 13 DM auf Bohnenkaffee und schwarzen Tee. Die Raucher wird es interessieren, daß von den 17 DM für Tabak und Tabakwaren nur 1,50 DM für Zigarren und 1,15 DM für Tabak ausgegeben wurden, die restlichen 14 DM gingen für Zigaretten drauf. Somit haben die buchführenden Haushalte 1964 je Monat im Mittel für Zigaretten annähernd soviel aufgewendet wie für Butter. Hierbei muß beachtet werden, daß es sich um ein Elternpaar mit zwei Kindern handelt, von denen eins jünger als 15 Jahre ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß diese Familien, die sich freiwillig an der Erhebung beteiligen, durchweg zu einem vernünftigen Konsumverhalten neigen und im Genußmittelverbrauch unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegen.

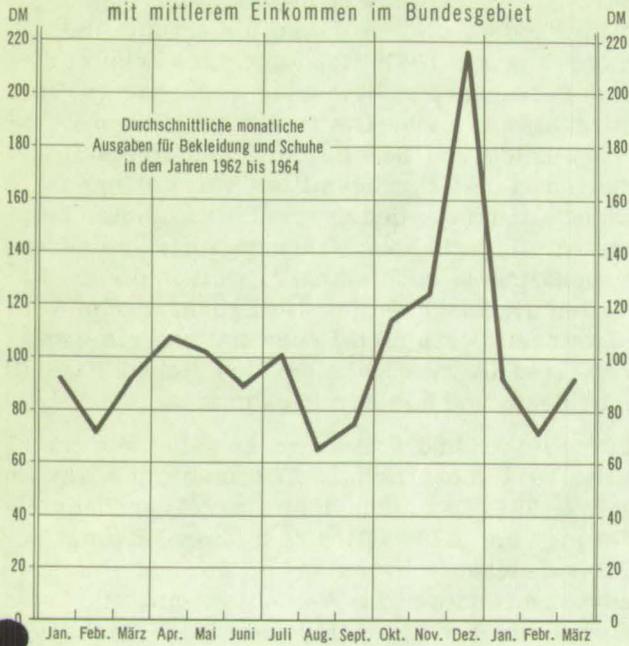
Der monatliche Ausgabenbetrag für Bekleidung in Höhe von 110 DM setzt sich wie folgt zusammen:

Oberbekleidung	58 DM oder 52 %
Schuhe einschl. Reparaturen	22 DM oder 20 %
Unterbekleidung	20 DM oder 19 %
Sonstiger persönlicher Bedarf	11 DM oder 10 %

Beim Bekleidungsbedarf und bei anderen Warengruppen, die man nicht regelmäßig kauft, ist es anschaulicher, neben den monatlichen Aufwendungen auch die Jahresausgabenbeträge zu betrachten. So schafften sich die buchführenden Haushalte im Laufe des Jahres 1964 für 390 DM Frauen- oder Mädchenoberbekleidung und für 290 DM Männer- und Knabenoberbekleidung an. Die Mütter und Töchter kauften sich für 124 DM Schuhe, während die Väter und Söhne für Schuhzeug nur 98 DM ausgaben. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Bekleidungskäufe in den zwölf Monaten nicht gleichmäßig anfallen. Es gibt hier einen ausgesprochenen Saisonverlauf, der in dem folgenden Bild veranschaulicht ist.

Im August wird am wenigsten für Kleidung ausgegeben und im Dezember bei weitem am meisten. Im November 1964 gaben die buchführenden Familien mit mittlerem Einkommen doppelt soviel und im Dezember 1964 annähernd viermal soviel für Bekleidung aus als im August 1964. Die verstärkten Bekleidungsseinkäufe im November und Dezember rühren daher, daß zu Weihnachten häufig auch Bekleidungsgegenstände geschenkt werden. Andererseits hängen sie damit zusammen, daß die Haushalte sich in diesen Monaten neue Winterkleidung kaufen. Oft wird hierzu sicherlich das 13. Monatsgehalt oder das Weihnachtsgeld verwendet. Die auffal-

### Die Saison der Bekleidungseinkäufe durch 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen im Bundesgebiet



lend höheren Bekleidungs Ausgaben in den Monaten April und Mai kommen daher, daß man sich zu Ostern und Pfingsten Frühlings- oder Sommerkleidung zulegt. Eine weitere kleine Saisonspitze ergibt sich mit dem Beginn der Urlaubszeit im Juli.

Das Wohnen mit Heizung und Beleuchtung kostete die Haushalte 1964 monatlich im Durchschnitt 132 DM. Hausrat schafften sie im Laufe des Jahres 1964 für annähernd 800 DM an. Reichlich zwei Fünftel davon entfielen auf den Kauf von Möbeln und Einrichtungsgegenständen. Für 16% wurden Haus-, Küchen- und Gartengeräte erworben, für 13% elektrotechnische Geräte, für 12% Gardinen und Teppiche. Die restlichen 18% wurden für Öfen und Herde, Betten und Decken, Bett-, Haus- und Küchenmöbel und für Reparaturen ausgegeben.

Der Jahresaufwand 1964 für Bildung und Unterhaltung belief sich auf 970 DM, die sich wie folgt auf die verschiedenen Waren und Dienstleistungen verteilen:

Ferien und Erholung	20 %
Fernseh-, Rundfunk-, Post- und sonstige Gebühren	12 %
Bücher und Zeitschriften	12 %
Schule und weitere Ausbildung	11 %
Vereins- und Verbandsbeiträge	6 %
Sport	3 %
Kirche (ohne Kirchensteuer)	2 %
Kino	1 %
Theater und Konzerte	1 %
Sonstiges für Bildung	18 %
Sonstiges für Vergnügen	13 %

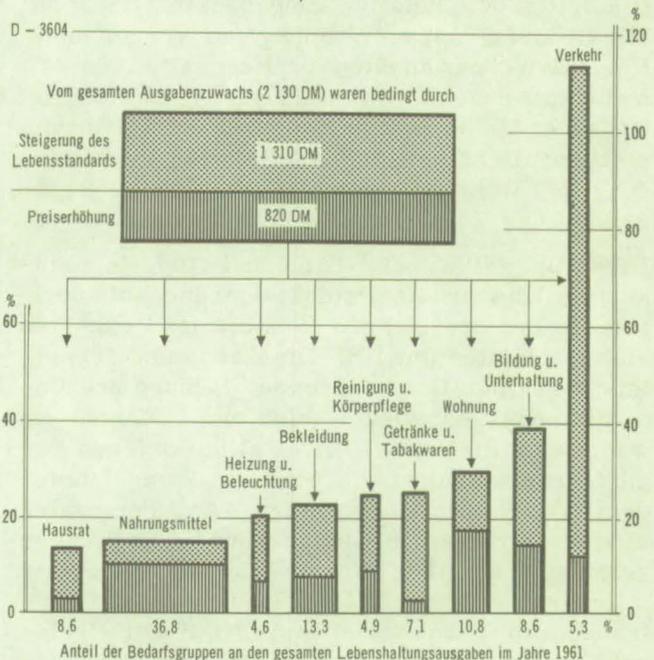
Das Reinigen der Bekleidung, der Wohnung und der Einrichtungsgegenstände ließen sich die Haushalte 1964 je Monat im Schnitt 14 DM kosten. Für die Körperpflege gaben sie monatlich 18 DM aus und für die Gesundheitspflege<sup>2</sup> 9 DM, so daß die gesamte monatliche Ausgabe für die Bedarfsgruppe "Reinigung und Körperpflege" 41 DM ausmachte.

Die Ausgabengruppe "Verkehr" hat sich in den letzten Jahren prozentual am stärksten vergrößert. 1961 verbrauchten die Familien mit mittlerem Einkommen dafür monatlich 36 DM, 1964 dagegen bereits 77 DM. Reichlich ein Fünftel dieses Betrages wurde für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ausgegeben. Für die restlichen vier Fünftel wurden Autos, Motorräder und Fahrräder angeschafft und unterhalten. Außerdem zählen dazu die Mieten für geliehene Personautos.

### Änderung der Verbrauchsstruktur 1962 bis 1964

Im Laufe des Jahres 1964 gab ein buchführender 4-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen im Schnitt 10 250 DM für seine Lebenshaltung aus. Das waren 2 130 oder 26% mehr als 1961. Reichlich drei Fünftel dieses Ausgabenzuwachses schlugen sich in einer Steigerung des Lebensstandards nieder, während die restlichen knapp zwei Fünftel (820 DM) durch gestiegene Verbraucherpreise aufgezehrt wurden. Wie sich die Preiserhöhungen und Verbesserungen des Lebensstandards in den einzelnen

### Der Anstieg der Lebenshaltungsausgaben in der Bundesrepublik 1962 bis 1964



2) Hier ist zu bedenken, daß der größte Teil der Gesundheitspflege durch die gesetzliche Krankenversicherung geleistet wird

Bedarfsgruppen auswirkten, geht aus dem nebenstehenden Bild und der folgenden Tabelle hervor.

Bei weitem am meisten steigerten die Haushalte ihre Ausgaben für die Bedarfsgruppe "Verkehr". Während sie 1961 hierfür 431 DM verauslagten, wendeten sie 1964 hierfür bereits 920 DM auf; das bedeutet einen Ausgabenzuwachs von 488 DM oder 113%. Annähernd neun Zehntel dieser Mehrausgabe stellt eine reale Verbesserung dar, lediglich 11% sind durch Preiserhöhungen bedingt. Die Ausgaben für die Anschaffung und das Halten von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern haben sich in den drei Jahren nahezu verdreifacht, während die Ausgaben für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln nur um 15% zunahm. Infolge der beachtlichen Ausdehnung der Verkehrsausgaben erhöhte sich der Anteil der Bedarfsgruppe "Verkehr" an den gesamten Lebenshaltungsausgaben von 5,3% auf 9%. Eine ähnlich starke Verschiebung innerhalb der Verbraucherstruktur hat es in den letzten drei Jahren nicht gegeben.

Die nächst größere Strukturänderung war bei der Bedarfsgruppe "Bildung und Unterhaltung" zu beobachten. Für die Waren und Dienstleistungen dieser Bedarfsgruppe gaben die buchführenden Haushalte 1964 271 DM oder 39% mehr aus als im Jahre 1961. Um über 50% steigerten sie die Ausgaben für Sport, für die weitere Ausbildung nach der Schule, für Ferien und Erholung sowie für die Post-, Rundfunk- und Fernsehgebühren. Der Anteil der Bedarfsgruppe "Bildung und Unterhaltung" stieg damit von 8,6% auf 9,5%

Die drittgrößte relative Ausgabensteigerung hat die Bedarfsgruppe "Wohnung" zu verzeichnen. Für das Wohnen mußten die Haushalte 1964 30% mehr aufwenden als im Jahre 1961. Das bedeutet eine Mehrausgabe von 260 DM. Hiervon stellten allerdings nur 103 DM eine Verbesserung des Wohnungsstandards dar, 157 DM gingen auf das Konto von Mieterhöhungen.

Die Gruppe "Wohnung" hatte von allen Bedarfsgruppen die größte Preissteigerung aufzuweisen. In den drei Jahren 1962 bis 1964 erhöhten sich die Mieten um 16%. Die Waren und Dienstleistungen der Bedarfsgruppe "Bildung und Unterhaltung" verteuerten sich um 12% und die Nahrungsmittel um 10%. In allen anderen Bedarfsgruppen lagen die Preiserhöhungen unter dem Durchschnitt von 8,5%. Am geringsten sind die Preise für Getränke und Tabakwaren gestiegen, nämlich nur um 2,5%. Deshalb entfallen von den 146 DM Mehrausgaben für Getränke und Tabakwaren nur 18 DM auf Preissteigerungen. Am zweitwenigsten kletterten die Preise für Hausratsgüter, nämlich nur um 2,8% in dem betrachteten Dreijahreszeitraum.

Die absolut größte Belastung durch Preiserhöhungen hatten die buchführenden Familien in der Bedarfsgruppe "Ernährung". Für Nahrungsmittel gaben sie im Jahre 1964 rund 450 DM mehr aus als 1961, aber nur drei Zehntel dieses Betrages brachten eine verbesserte Versorgung mit sich. Die restlichen sieben Zehntel wurden von den beachtlichen Preissteigerungen für Nahrungsmittel verschlungen. In Haushalten mit niedrigerem Einkommen belasteten die erhöhten Nahrungsmittelpreise das Haushaltsgeld noch stärker, weil in diesen Familien die Ausgaben für die Ernährung im Verhältnis zur gesamten Lebenshaltung ein größeres Gewicht haben als bei den Haushalten mit mittlerem und höheren Einkommen.

Für Fleisch und Fleischwaren gaben die Haushalte 1964 monatlich 15 DM mehr aus als im Jahre 1961. Das entspricht einer Ausgabensteigerung um 22%. Die Zusammensetzung der Fleischeinkäufe hat sich in den drei Jahren etwas verändert. Im Verhältnis am stärksten zugenommen hat der mengenmäßige Verbrauch von Geflügel, nämlich um ein Fünftel. Schweinefleisch verbrauchten die Haushalte 16% und Schinken 11% mehr als 1961. Dagegen nahmen die Verbrauchsmengen von Rindfleisch und Innereien nur unwesentlich zu. Der Speckverbrauch hat sich in den letzten drei Jahren verringert.

Im Gegensatz zur Zunahme des Fleisch- und Fleischwarenverbrauchs ist der Verbrauch von Fischen und Fischwaren zurückgegangen. 1964 verzehrten die buchführenden Familien 18% weniger Salzheringe und 11% weniger frische Fische als im Jahre 1961. Überdies wurden

Die Zunahme der monatlichen Verbrauchsausgaben 1964 gegenüber 1961 bei den buchführenden 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik

Bedarfsgruppe	Ausgaben in DM		Anstieg der Ausgaben 1964 gegen 1961		davon	
	1961	1964	in %	realer		
				Zuwachs	durch Preissteigerung	
			in DM			
Nahrungsmittel	249	286	15	37,40	11,40	26,00
Getränke und Tabakwaren	48	60	25	12,10	10,60	1,50
Wohnung	63	95	30	21,70	8,60	13,10
Heizung und Beleuchtung	31	38	21	6,60	4,40	2,20
Hausrat	58	66	13	7,70	5,90	1,80
Bekleidung	90	110	23	20,50	13,20	7,30
Reinigung und Körperpflege	33	41	25	8,20	5,10	3,10
Bildung und Unterhaltung	58	81	39	22,60	13,80	8,80
Verkehr	36	77	113	40,70	36,10	4,60
<b>Gesamte Lebenshaltung</b>	<b>676</b>	<b>854</b>	<b>26</b>	<b>177,50</b>	<b>109,10</b>	<b>68,40</b>

1964 7% weniger Fischdauerwaren und Fischgerichte gegessen als 1961.

Der Verzehr von Schwarz- und Mischbrot verringerte sich in den drei Jahren um fast 8%, während sich der Verbrauch von Weißbrot und Brötchen geringfügig ausweitete und der von sonstigem Backwerk um 12% zunahm. Durch diese Verschiebung und durch beachtliche Preiserhöhungen mußten die Haushalte 1964 für eine insgesamt um 4% verkleinerte Menge 14% mehr bezahlen als 1961. Den Verbrauch von Nahrungsmitteln schränkten die Haushalte um gut 13% ein. Sie kauften insbesondere merklich weniger Mehl, Grieß, Haferflocken, Hülsenfrüchte sowie Nudeln und sonstige Teigwaren. Dagegen hat der Verbrauch von Reis etwas zugenommen.

1961 hatten die buchführenden Familien im Durchschnitt 26,6 kg Kartoffeln im Monat verbraucht, im Jahre 1964 waren es dagegen nur noch 23,8 kg. Sie haben somit den Kartoffelverzehr um ein Zehntel vermindert. Bei Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl und Kohlrabi schränkten sie ihren Verbrauch sogar um 16% ein. Dagegen erhöhten sie den mengenmäßigen Verbrauch von Gemüsekonserven um über 30%, so daß sich der Gesamtverbrauch von frischem Gemüse und Gemüsekonserven etwa die Waage hielt. Die Preissteigerungen und der Verbrauchswandel im Gemüseverzehr brachten für die Haushalte eine Mehrausgabe von 15% mit sich. Beim Verzehr von frischem Obst lassen sich keine einheitlichen Entwicklungstendenzen feststellen. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß der Obsteinkauf sehr stark von den jeweiligen Qualitäten und Preisen abhängt. Frische

Südfrüchte aßen die Haushalte 1964 reichlich 18% mehr als 1961. Gegenüber 1950 hat sich der Verbrauch von frischen Südfrüchten nahezu versechsfacht.

Für fertige Mahlzeiten gaben die Familien mit mittlerem Einkommen 1964 annähernd ein Viertel mehr aus als 1961. Im Zuge der Industrialisierung und der Wandlung von der Großfamilie zur Kleinfamilie gehen immer mehr Aufgaben der Familie auf außerfamiliäre Einrichtungen über. Im einzelnen Haushalt wird z. B. nicht mehr soviel eingekocht, weil Suppen, fertige Gerichte sowie Obst- und Gemüsekonserven von der Industrie bereitgestellt werden. Es scheint auch so, daß mit steigendem Wohlstand ständig mehr getrunken und weniger gegessen wird; denn in den drei Jahren nahm nicht nur der mengenmäßige Verbrauch von Bohnenkaffee, schwarzem Tee und anderen alkoholfreien Getränken - außer Milch - zu, sondern auch der Verbrauch von Wein, Bier, Branntwein und Likören. So gaben die buchführenden Haushalte mit mittlerem Einkommen 1964 für alkoholfreie Getränke 48%, für alkoholische Getränke 31% sowie für Bohnenkaffee und schwarzen Tee 22% mehr aus als im Jahre 1961. Den durchschnittlichen Zigarettenkonsum erhöhten sie in der gleichen Zeit von 142 auf 166 Zigaretten im Monat, das bedeutet eine durchschnittliche monatliche Mehrausgabe von 2,10 DM oder 18%.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1959 bis 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 342 (November) und "Die Lebenshaltung im Jahre 1964 und ihre Entwicklung seit 1950" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 501 (August)

## Kurzberichte

### Die Einsätze der Feuerwehren im Jahre 1964

1964 mußten von den Feuerwehren des Landes 1 727 Brände bekämpft werden, das sind rund 300 weniger als im Vorjahr. 776mal griffen nur die Berufsfeuerwehren ein, 921mal nur die freiwilligen Feuerwehren und 30mal beide zusammen.

Zwei Drittel aller Brände waren Klein- und Entstehungsbrände, ein Fünftel Mittelbrände und ein Siebtel Großbrände. Während die Klein- und Entstehungsbrände gegenüber dem Vorjahr um 18% und die Mittelbrände um 15% abnahmen, gingen die Großbrände nur um 2% zurück.

Knapp über die Hälfte aller Brände brach in und an Gebäuden aus. Davon betraf fast jeder zwei-

	1963	1964	Veränderung
Großbrände	251	247	- 2%
Mittelbrände	401	340	- 15%
Klein- und Entstehungsbrände	1 392	1 140	- 18%
<b>Insgesamt</b>	<b>2 044</b>	<b>1 727</b>	<b>- 16%</b>

te ein Wohngebäude, jeder vierte erfaßte ein Gewerbe-, Handels- oder Industriegebäude, ebenfalls jeder vierte ein landwirtschaftliches Anwesen.

Während die Mittelbrände die drei genannten Gebäudegruppen etwa gleichmäßig trafen, ist dies bei den Groß- sowie den Klein- und Entstehungsbränden nicht der Fall. Von den 190 Großbränden brachen allein 124, das sind 65%, in landwirtschaftlichen Gebäuden aus. Dagegen mußten nur 25 Großbrände in Wohngebäuden gelöscht werden. Das Gegenteil gilt für die Klein-

Brände an und in Gebäuden 1964

Gebäudeart	Brände ins- gesamt	davon		
		Groß- brände	Mittel- brände	Klein- und Ent- stehungs- brände
Wohngebäude und Anstalten	420	25	47	348
Gewerbe, Handel und Industrie	227	41	53	133
Landwirtschaft und Gartenbau	221	124	41	56
<b>Insgesamt</b>	<b>868</b>	<b>190</b>	<b>141</b>	<b>537</b>

und Entstehungsbrände: 65% von ihnen betrafen Wohngebäude und nur 10% landwirtschaftliche Gebäude.

Von den Gebäudearten ausgehend zeigt sich, daß 56% aller Brände in Gebäuden der Landwirtschaft Großbrände waren, gegenüber nur 18% in Gebäuden des Gewerbes, des Handels und der Industrie und gar nur 6% in Wohngebäuden.

Es überrascht daher nicht, daß der Brandschaden von 30 Mill. DM sich wie folgt auf die drei Gebäudearten aufteilt:

Wohngebäude und Anstalten	= 4,5 Mill. DM (15 %)
Gebäude und Anlagen von Handel, Gewerbe und Industrie	= 9,0 Mill. DM (30 %)
Gebäude der Landwirtschaft	= 16,5 Mill. DM (55 %).

Obwohl die Brände in Gebäuden gegenüber dem Vorjahr um rund 200 zurückgegangen sind, ist der Brandschaden um etwa 6 Mill. DM angewachsen. Der größte Verlust in Höhe von fast 7 Mill. DM entstand durch Selbstentzündung. Im Vorjahr lag er noch um mehr als die Hälfte niedriger. Für über 4 Mill. DM fielen dabei Ernteerzeugnisse den Flammen zum Opfer. Durch vorsätzliche Brandstiftung und Kinderbrandstiftung entstand ein Schaden von mehr als 5 Mill. DM, das sind fast 2 Mill. DM mehr als 1963. An dritter Stelle liegen mit beinahe 5 Mill. DM die Schäden, die von elektrischen Anlagen und elektrischen Haushaltsgeräten ausgingen; im Vorjahr hatten diese beiden Schadensquellen die höchsten Verluste gebracht.

Bemerkenswert sind die 119 Brände, die durch unachtsamen Umgang mit offenem Licht und beim Rauchen entstanden. Zusammen mit den 83 Fällen, in denen es durch fehlerhafte Bedienung von Feuerstätten und durch fahrlässiges Lagern von brennbaren Gegenständen an Feuerstätten zum Ausbruch eines Brandes kam, führten sie zu einem Schaden von über 3 Mill. DM.

Die Brandbekämpfung ist im Berichtsjahr trotz des Gesamtschadens von 30 Mill. DM sehr erfolgreich gewesen. Nach vorsichtigen Schätzungen konnten die Feuerwehren Werte in Höhe von 90 Mill. DM vor dem Verbrennen bewahren.

Gebäudebrände nach der Ursache 1963 und 1964

Brandursache	Anzahl der Brände		Wertverlust in Mill. DM	
	1963	1964	1963	1964
Blitzschlag	22	26	1,6	2,3
Selbstentzündung				
Ernteerzeugnisse	27	33	2,4	4,3
Andere Stoffe	46	17	0,8	2,6
Explosionen	16	11	0,2	0,7
Bauliche Einrichtungen in Zusammenhang mit Feuerstätten	127	100	1,8	1,0
Schornsteinbrände	58	34	0,2	0,0
Betrieb und maschinelle Einrichtungen	18	25	1,3	2,3
Schweißen und Lötten	53	52	1,0	0,8
Brandgefährliche Stoffe	67	16	1,3	0,8
Elektrische Energie				
Anlagen	112	93	5,4	4,0
Haushalt	40	65	0,2	0,9
Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen				
Offenes Licht, Rauchen	136	119	1,4	2,2
Fehlerhafte Bedienung von Feuerstätten, brennbare Gegenstände an Feuerstätten	139	83	2,1	1,0
Werkzeuge, Flugfeuer	24	20	0,2	0,1
Vorsätzliche Brandstiftung	58	72	1,9	3,0
Kinderbrandstiftung	64	58	1,5	2,2
Unermittelt	58	44	0,8	1,8
<b>Insgesamt</b>	<b>1 065</b>	<b>868</b>	<b>24,1</b>	<b>30,0</b>

Neben der Brandbekämpfung wurden die Feuerwehren mehr als 1 400mal zu sonstigen Hilfeleistungen eingesetzt, und zwar die Berufsfeuerwehren 1 315mal, die freiwilligen Feuerwehren dagegen nur 108mal. Am häufigsten waren dabei Ölsuren zu beseitigen, Absperrungen vorzunehmen und dgl. 117mal mußten Menschen aus einer Notlage befreit werden, 113mal Wassereinbrüche bekämpft werden.

Hilfeleistungen der Feuerwehr 1964

Anlaß	Hilfe- leistungen	davon durch	
		Berufs- feuer- wehren	freiwillige Feuer- wehren
Ölsuren, Absperrung usw.	901	883	18
Menschen in Not	117	95	22
Wasserschäden	113	88	25
Verkehrsunfälle	91	66	25
Gasvergiftungen	67	65	2
Sturmschäden	59	48	11
Tiere in Not	47	45	2
Betriebsunfälle	20	20	—
Einsturz von Baulichkeiten	6	5	1
Selbstentzündung von Ernte- erzeugnissen	2	—	2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 423</b>	<b>1 315</b>	<b>108</b>

Quelle: Landesamt für Brandschutz Schleswig-Holstein

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Vergleiche auch: "Die Einsätze der Feuerwehren im Jahre 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 283 (November)

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 18. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1966

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

	1958	1964	1964			1965			
			Monats-Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>									
* Bevölkerungsstand (Monatsende) 1 000	2 267	2 392	2 403	2 404	2 406	2 433	2 435	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>									
* Eheschließungen <sup>1)</sup> Anzahl	1 654	1 824	1 737	1 372	1 686	1 338	1 798	1 384	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	9,1	8,5	6,9	8,3	6,7	8,7	6,9	...
* Lebendgeborene <sup>2)</sup> Anzahl	2 867	3 769	3 474	3 421	3 846	3 852	3 415	3 385	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,9	17,0	17,3	18,8	19,3	16,5	16,9	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene) Anzahl	2 173	2 344	2 314	2 395	2 516	2 239	2 405	2 610	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,7	11,3	12,1	12,3	11,2	11,6	13,0	...
* darunter im ersten Lebensjahr Anzahl	93	84	68	78	98	61	75	74	...
* je 1 000 Lebendgeborene	32,6	22,4	19,3	22,8	25,5	15,8	22,0	21,9	...
* Geburtenüberschuß Anzahl	694	1 425	1 160	1 026	1 330	1 613	1 010	775	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	7,1	5,7	5,2	6,5	8,1	4,9	3,9	...
<b>Wanderungen</b>									
* Über die Landesgrenze Zugezogene	6 623	7 244	9 008	6 847	5 927	6 856	9 392	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	6 263	6 189	8 341	6 437	5 796	6 764	7 837	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	+ 260	+ 1 055	+ 667	+ 410	+ 131	+ 92	+ 1 555	...	...
* Binnenwanderung <sup>4)</sup> Wanderungsfälle Anzahl	9 666	9 616	12 112	10 560	9 321	8 502	11 282	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	163	204	174	149	153	193	...	...
<b>Arbeitslage</b>									
* Arbeitslose 1 000	50	11	7	9	12	5	5	8	10
darunter * Männer 1 000	31	7	4	5	8	3	3	5	7
Offene Stellen 1 000	5	16	17	15	12	21	20	17	15
darunter für Männer 1 000	3	8	10	8	6	11	11	9	8
<b>Landwirtschaft</b>									
<b>Viehbestand</b>									
* Rindvieh (einschl. Kälber) 1 000	1 129 <sup>a</sup>	1 291 <sup>a</sup>	.	.	1 291	.	.	p	1 376
darunter * Milchkühe 1 000	426 <sup>a</sup>	479 <sup>a</sup>	.	.	479	.	.	p	503
* Schweine 1 000	1 279 <sup>a</sup>	1 716 <sup>a</sup>	.	.	1 716	1 801	.	p	1 699
darunter * Zuchtsauen 1 000	126 <sup>a</sup>	174 <sup>a</sup>	.	.	174	181	.	p	169
darunter * trächtig 1 000	77 <sup>a</sup>	107 <sup>a</sup>	.	.	107	111	.	p	103
<b>Schlachtungen von Inlandtieren<sup>5)</sup></b>									
* Rinder (ohne Kälber) 1 000 St.	14	22	40	24	19	23	30	31	19
* Kälber 1 000 St.	5	4	3	3	4	2	3	3	4
* Schweine 1 000 St.	81	140	151	169	170	149	149	166	174
darunter Hausschlachtungen 1 000 St.	15 <sup>b</sup>	12 <sup>c</sup>	8	25	28	2	5	22	24
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen <sup>6)</sup> 1 000 t	9,3	16,6	22,4	18,4	16,8	17,7	19,7	19,9	17,3
darunter									
* Rinder (ohne Kälber) 1 000 t	3,0	5,0	9,4	5,2	4,2	5,5	7,0	7,0	4,3
* Schweine 1 000 t	5,9	11,3	12,8	13,0	12,3	11,9	12,4	12,7	12,7
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>									
Rinder kg	223	232	241	239	233	237	244	250	242
Kälber kg	49	55	51	50	55	66	59	58	57
Schweine kg	89	88	89	90	86	87	86	88	85
<b>Milcherzeugung</b>									
* Kuhmilcherzeugung 1 000 t	142	161	102	120	144	115	107	126	150
darunter * an Molkereien geliefert %	87	89	87	87	87	90	88	88	88
* Milchleistung je Kuh und Tag kg	10,8	11,2	7,0	8,5	9,8	8,0	7,2	8,7	10,1

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59=25 c) Winterhalbjahr 1964/65=21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964			1965			
				Monats-Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie <sup>7)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	174	176	177	175	179	179	179	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	138	140	140	139	141	141	141	...
*Geleistete Arbeiterstunden <sup>9)</sup>	1 000	24 439	23 024	24 770	23 749	23 794	24 122	23 923	23 767	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	87,8	93,6	95,5	99,8	101,4	99,5	105,3	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	32,1	32,8	35,9	39,3	37,7	37,5	41,2	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>10)</sup>	74	57	65	66	65	51	61	59	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm <sup>3</sup>	11 858	9 264	9 425	8 650	8 093	9 484	8 468	6 842	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	70	78	81	83	73	84	87	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	107	122	120	120	120	127	127	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	34	40	43	42	35	42	42	...
*Umsatz <sup>11)</sup>	Mill. DM	479	673	763	704	770	793	808	811	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	77	74	70	121	108	104	104	...
<b>Index der industriellen Produktion</b>										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	132	143	146	134	143	148	146	...
darunter Erzeugnisse des/der Industrie der Steine und Erden		100	154	197	174	129	195	189	127	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	100	96	107	94	87	80	84	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	163	169	152	150	151	142	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	207	235	258	201	228	229	231	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	108	107	108	87	118	111	103	...
papierherzeugenden Industrie		100	126	131	141	112	132	133	131	...
Schiffbaues		100	69	68	70	61	73	79	79	...
Maschinenbaues		100	129	133	144	178	137	133	161	...
elektrotechnischen Industrie		100	117	121	155	134	139	153	162	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	157	145	182	171	210	170	230	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	171	184	190	159	185	201	195	...
ledererzeugenden Industrie		100	76	82	77	68	52	56	53	...
Schuhindustrie		100	111	132	126	85	114	126	113	...
Textilindustrie		100	97	105	103	90	110	112	114	...
Bekleidungsindustrie		100	117	127	120	85	137	133	122	...
Fleischwarenindustrie		100	159	166	177	180	193	191	193	...
fischverarbeitenden Industrie		100	121	136	144	138	140	157	153	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		100	123	67	95	126	81	74	93	...
Bauhauptgewerbe		100	137	152	154	115	153	159	115	...
<b>Handwerk (Meßziffern)</b>										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	.	.	104	106	...	...	...
*Umsatz	Vj. -Ø 1955=100	-	235	.	.	274	268	...	...	...
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -Ø 1955=100	-	223	.	.	266	259	...	...	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	121	142	149	170	136	126	146	...
Stromverbrauch <sup>12)</sup>	Mill. kWh	143	252	271	279	305	278	292	320	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	19	21	26	16	19	26	...

\* ) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1958	1964	1964			1965				
			Monats-Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b> <sup>13)</sup>										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	68 465	69 180	68 477	67 322	69 379	68 787	67 720	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 932	11 562	10 585	8 567	11 472	11 236	7 994	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 073	4 659	4 296	3 568	4 700	4 574	3 317	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	4 302	5 090	4 629	3 653	4 896	4 763	3 316	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	47,7	56,3	51,0	47,1	60,2	59,0	43,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	3,7	3,7	4,4	5,0	4,2	4,1	4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	143,2	178,7	166,5	211,1	175,7	177,8	167,8	...
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 011	1 121	1 139	919	1 179	1 070	1 100	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	350	431	316	244	212	168	161	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	120,6	143,6	171,8	107,6	157,2	137,7	114,7	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	85,0	93,5	119,5	79,7	110,2	100,8	88,4	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 443	1 770	2 045	1 231	1 728	1 437	1 254	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	896	1 019	1 247	810	1 069	963	864	...
*Wohnungen		2 109	2 627	3 036	3 825	2 331	2 841	2 685	2 045	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 289	2 587	3 579	2 111	2 530	2 453	1 843	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen		1 533	2 488	1 910	2 006	11 868	1 459	1 822	2 120	...
Wohnräume <sup>14)</sup>		6 064	10 574	7 901	8 612	52 599	6 252	7 558	9 208	...
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost</b>										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	506	670	501	1 157	718	3 560	5 205	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 166	1 225	1 281	701	826	308	859	...
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 108	20 184	18 986	20 715	21 913	19 306	16 532	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 411	43 641	39 773	32 606	40 544	47 030	41 376	...
<b>*Ausfuhr nach Warengruppen</b>										
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	7,7	7,4	9,3	7,3	10,3	14,0	19,5	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	88,4	85,7	64,5	115,2	111,4	132,4	76,2	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,0	2,4	2,8	3,3	2,7	3,8	2,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,8	11,0	7,4	12,8	11,6	10,2	10,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	75,7	72,3	54,3	99,1	97,1	118,3	63,2	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	4,9	5,8	6,0	5,6	6,9	7,5	6,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	70,8	66,5	48,3	93,5	90,1	110,8	56,3	...
<b>*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern</b>										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	22,2	23,2	20,5	21,1	26,2	30,3	30,6	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,4	5,1	5,0	4,4	7,4	9,2	9,7	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	7,7	7,9	7,9	8,5	8,6	9,8	8,8	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	40,1	40,7	26,8	36,2	33,6	81,2	33,9	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,1	11,1	6,0	9,8	8,2	7,5	10,4	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,6	11,4	5,2	6,1	7,2	5,6	6,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,0	2,8	2,4	3,0	1,9	51,0	2,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,1	6,5	5,2	8,3	5,6	7,4	5,8	...
<b>Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	155	103	72	59	176	109	72	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	18	12	7	6	21	14	7	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 020	361	218	172	1 251	396	222	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	37	21	13	11	40	25	12	...

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964			1965			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	377	670	789	699	671	p 805	...	...	...
Güterversand	1 000 t	102	217	226	258	227	p 258	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	126	204	250	236	243	219	213	209	229
*Güterversand	1.000 t	195	325	424	350	328	432	392	303	327
<b>Nord-Ostsee-Kanal<sup>15)</sup></b>										
<b>Schiffsverkehr</b>										
Schiffe	Anzahl	5 645	6 899	7 598	6 982	6 693	7 880	7 806	6 622	...
darunter deutsche	%	65,5	64,8	62,7	62,4	63,9	69,4	67,3	65,9	...
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 718	3 922	3 891	3 808	3 804	3 921	3 569	...
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,3	27,8	29,4	28,6	32,7	30,9	30,0	...
Güterverkehr	1 000 t	3 840	5 176	5 651	5 510	5 614	5 195	5 528	5 128	...
und zwar	%	32,6	31,5	31,9	32,3	30,8	36,2	33,5	32,2	...
auf deutschen Schiffen	%	32,6	31,5	31,9	32,3	30,8	36,2	33,5	32,2	...
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 532	2 555	2 481	2 647	2 454	2 704	2 475	...
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 644	3 096	3 029	2 967	2 741	2 824	2 653	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 082	5 195	4 103	4 360	5 811	6 450	...	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	25	16	37	7	7	9	...	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 850	3 910	3 065	3 329	4 417	4 958	...	...
*Kombinationskraftwagen		175	406	378	336	349	415	516	...	...
*Lastkraftwagen		293	392	413	351	343	431	430	...	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 086	1 160	1 134	1 197	1 187	1 156	p 1 016	p 1 110
*Getötete Personen		40	58	64	80	62	54	77	p 52	p 82
*Verletzte Personen		1 130	1 449	1 515	1 412	1 643	1 576	1 549	p 1 333	p 1 419
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>										
*Kredite an Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 <sup>d</sup>	7 247 <sup>d</sup>	7 252	7 256	7 247	7 998	8 122	8 208	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 <sup>d</sup>	1 910 <sup>d</sup>	1 978	1 929	1 910	2 060	2 070	2 067	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 <sup>d</sup>	1 890 <sup>d</sup>	1 942	1 889	1 890	2 051	2 054	2 037	...
*Mittel- und langfristige Kredite 16)	Mill. DM	2 165 <sup>d</sup>	5 337 <sup>d</sup>	5 274	5 327	5 337	5 938	6 052	6 141	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 <sup>d</sup>	4 570 <sup>d</sup>	4 526	4 567	4 570	5 091	5 176	5 253	...
*Einlagen von Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 <sup>d</sup>	4 434 <sup>d</sup>	4 304	4 355	4 434	4 872	4 881	4 961	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 <sup>d</sup>	1 705 <sup>d</sup>	1 677	1 706	1 705	1 854	1 837	1 901	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	837 <sup>d</sup>	1 399 <sup>d</sup>	1 385	1 380	1 399	1 527	1 573	1 615	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 <sup>d</sup>	2 729 <sup>d</sup>	2 627	2 649	2 729	3 018	3 044	3 060	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 <sup>d</sup>	1 844 <sup>d</sup>	1 767	1 781	1 844	2 023	2 036	2 045	2 123
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	529 <sup>d</sup>	505	509	529	590	597	...	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	132	128	120	254	137	146	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	102	95	98	174	106	120	...	...
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	4	8	10	6	7	7	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	3	-	1	-	1	-	...
Wechselproteste	Anzahl	636	906	852	814	828	742	804	...	...
	Wert	1 000 DM	465	900	1 102	845	890	893	1 098	...
<b>Steuern</b>										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	71 342	52 706	58 557	123 323	119 082	52 282	62 023	146 770
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	3 017	684	7 734	802	659	449	7 814	623
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	7 870	8 556	7 082	7 698	8 925	9 225	8 309	8 543
*Biersteuer	1 000 DM	420	705	872	754	692	847	921	768	704
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	55 832	38 569	39 456	110 330	104 100	37 214	40 330	131 910
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	144 858	138 227	141 461	181 949	187 621	144 730	149 794	217 016
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	43 786	47 495	48 080	47 518	52 164	53 876	51 633	53 498
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 886	3 896	4 605	6 079	5 035	4 779	5 792	5 686
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 455	1 741	1 521	1 350	1 599	1 590	1 543	1 434
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 321	6 071	6 708	5 862	7 203	6 793	8 625	7 471
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	52 705	54 363	55 310	50 595	55 064	53 892	56 416	64 587
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	33 302	34 950	36 970	33 051	35 196	35 393	34 659	35 381
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	35 696	24 658	25 226	70 538	66 555	23 792	25 785	84 335
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	9	1	11	6	2	7	1	4
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 236	4 488	12 266	8 892	1 921	3 168	10 797	8 129

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe"

16) einschl. durchlaufender Kredite

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964			1965			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>noch: Steuern</b>										
* Steuern vom Einkommen <sup>17)</sup>	1 000 DM	37 688	91 528	63 227	64 682	180 868	170 655	61 006	66 115	216 245
davon										
* Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	40 956	56 200	53 154	55 613	52 358	55 870	52 976	68 300
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	40 760	6 006	10 777	100 371	91 772	4 115	7 131	117 754
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	799	560	460	686	173	385	2 144	755
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 012	462	291	24 198	26 352	635	3 864	29 436
<b>Gemeindesteuereinnahmen<sup>18)</sup></b>										
* Realsteuern	1 000 DM	57 325 <sup>+</sup>	94 160 <sup>+</sup>	95 360 <sup>e</sup>	.	.	98 592 <sup>e</sup>	.	.	.
davon										
* Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 <sup>+</sup>	7 145 <sup>+</sup>	7 820 <sup>e</sup>	.	.	6 828 <sup>e</sup>	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 <sup>+</sup>	15 397 <sup>+</sup>	17 067 <sup>e</sup>	.	.	18 034 <sup>e</sup>	.	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	.	57 <sup>+</sup>	363 <sup>e</sup>	.	.	6 <sup>e</sup>	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 <sup>+</sup>	64 882 <sup>+</sup>	64 153 <sup>e</sup>	.	.	66 046 <sup>e</sup>	.	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 <sup>+</sup>	6 793 <sup>+</sup>	6 683 <sup>e</sup>	.	.	7 689 <sup>e</sup>	.	.	.
* Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 <sup>+</sup>	7 256 <sup>+</sup>	7 718 <sup>e</sup>	.	.	6 567 <sup>e</sup>	.	.	.
<b>Preise</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	97,8	98,0	98,8	98,7	99,9	100,3	p 101,5	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1958=100	100	104,2	105,3	105,5	105,6	106,8	106,9	p 106,9	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	103,4	103,9	104,9	105,6	106,7	107,1	p 107,2	...
<b>Erzeugerpreise</b>										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 <sup>f</sup>	101,6	102,4	102,8	102,7	104,4	104,7	104,6	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 <sup>f</sup>	107,2 <sup>g</sup>	104,0	107,2	110,5	p 113,8	p 113,9	p 115,0	...
<b>Preisindex für Wohngebäude</b>										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	147,8	.	150,2	.	.	.	p 155,9	...
<b>Einkaufspreise landwirtschaftlicher</b>										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 <sup>f</sup>	104,2 <sup>g</sup>	102,6	103,2	103,6	106,4	106,4	106,4	...
Einzelhandelspreise	1958=100 <sup>h</sup>	100	112	112	113	113	116	116	116	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>19)</sup>	1962=100	92,7	105,4	105,7	106,2	106,4	109,5	109,7	110,3	110,9
<b>darunter</b>										
Nahrungs- und Genußmittel		.	105,0	104,5	105,4	105,8	109,4	109,2	110,2	...
Kleidung, Schuhe		.	104,3	104,9	105,1	105,2	107,5	108,1	108,5	...
Wohnungsmieten		.	112,1	114,2	114,6	114,8	119,6	120,7	120,9	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	104,2	104,8	105,0	105,1	106,4	107,3	107,6	...
Übrige Waren u. Dienstleistungen f. d. Haushaltsführung		.	103,4	104,1	104,2	104,3	106,8	107,1	107,2	...
<b>Löhne und Gehälter<sup>20)</sup></b>										
<b>Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau</b>										
<b>Bruttowochenverdienste</b>										
* männlich	DM	117	187	199	.	.	.	218	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124	198	211	.	.	.	232	.	.
* weiblich	DM	68	113	117	.	.	.	128	.	.
<b>Bruttostundenverdienste</b>										
* männlich	DM	2,44	4,10	4,31	.	.	.	4,69	.	.
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,38	4,60	.	.	.	5,01	.	.
* weiblich	DM	1,53	2,72	2,81	.	.	.	3,05	.	.
<b>Bezahlte Wochenarbeitszeit</b>										
* männlich	Std.	47,9	45,6	46,2	.	.	.	46,6	.	.
* weiblich	Std.	44,2	41,6	41,9	.	.	.	41,8	.	.
<b>Geleistete Wochenarbeitszeit</b>										
* männlich	Std.	44,5	42,9	44,7	.	.	.	45,4	.	.
* weiblich	Std.	41,4	38,6	41,2	.	.	.	40,6	.	.
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>										
<b>in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau</b>										
<b>kaufmännische Angestellte</b>										
* männlich	DM	588	933	967	.	.	.	1 042	.	.
* weiblich	DM	382	610	635	.	.	.	682	.	.
<b>technische Angestellte</b>										
* männlich	DM	697	1 058	1 090	.	.	.	1 160	.	.
* weiblich	DM	403	634	671	.	.	.	708	.	.
<b>in Handel, Kredit und Versicherungen</b>										
<b>kaufmännische Angestellte</b>										
* männlich	DM	540	836	853	.	.	.	927	.	.
* weiblich	DM	331	507	516	.	.	.	573	.	.
<b>technische Angestellte</b>										
männlich	DM	497	927	961	.	.	.	1 033	.	.
weiblich	DM	(259)	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>in Industrie und Handel zusammen</b>										
<b>kaufmännische Angestellte</b>										
* männlich	DM	554	865	887	.	.	.	962	.	.
* weiblich	DM	347	536	550	.	.	.	604	.	.
<b>technische Angestellte</b>										
* männlich	DM	685	1 048	1 080	.	.	.	1 150	.	.
* weiblich	DM	391	633	669	.	.	.	709	.	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht  
 17) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 18) einschl. Steuern der Kreise 19) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 20) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.7. - 30.9. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juni-Juli) g) Wirtschaftsjahr 1964/65 (Juni-Juli) h) Umbasierung der Originalreihe 1950=100  
 +) = Vierteljahresdurchschnitt

# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

	Zeit <sup>1)</sup>	Einheit	1950	1960	1961	1962	1963	1964
<b>Handel und Gastgewerbe</b>								
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	1 194,0	1 074,1	980,0	1 151,2	1 153,4
davon Güter der								
Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	93,1	78,9	65,6	68,3	92,5
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	1 100,9	995,2	914,4	1 082,9	1 060,9
in % des Bundes			1,0	2,5	2,1	1,8	2,0	1,8
<b>Fremdenverkehr</b>								
Fremdenmeldungen	JS	1 000	367	1 544	1 665	1 649	1 787	1 855
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	20	206	201	196	212	216
Fremdenübernachtungen	JS <sup>2)</sup>	1 000	2 239	9 779	10 698	10 310	11 421	12 259
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	48	409	402	396	435	438
<b>Verkehr</b>								
<b>Seeschifffahrt</b>								
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	5 822	6 102	6 582	7 122	8 042
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 726	1 798	1 901	2 254	2 609
<b>Binnenschifffahrt</b>								
Güterempfang	JS	1 000 t	.	1 649	1 851	2 092	1 866	2 451
Güterversand	JS	1 000 t	.	2 852	3 239	3 524	3 285	3 899
<b>Nord-Ostsee-Kanal</b>								
<b>Schiffsverkehr</b>								
Schiffe	JS		47 271	77 729 <sup>a</sup>	77 244	80 775	69 283	82 792
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	41 527	40 762	43 428	38 859	44 611
<b>Güterverkehr</b>								
und zwar								
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	31,2	30,5	29,3	29,4	31,5
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	29 228	27 642	28 842	25 697	30 385
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	28 426	29 549	31 824	28 693	31 728
<b>Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen</b>								
darunter Pkw <sup>3)</sup>	JS		14 922	45 683	51 251	56 115	57 968	60 982
	JS		4 780	35 139	39 875	45 201	47 841	51 073
<b>Kraftfahrzeugbestand</b>								
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1 000	66 <sup>b</sup>	307	341	379	419	458
darunter								
Krafträder	1. 7.	1 000	22 <sup>b</sup>	60	55	48	39	30
Pkw <sup>3)</sup>	1. 7.	1 000	20 <sup>b</sup>	172	206	245	288	331
Lkw	1. 7.	1 000	16 <sup>b</sup>	29	31	33	34	36
<b>Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden</b>								
Unfälle	JS		5 006	13 185	13 200	12 968	12 589	13 032
Getötete Personen	JS		208	564	596	641	601	694
Verletzte Personen	JS		5 910	16 687	16 725	16 832	16 433	17 382
<b>Geld und Kredit</b>								
<b>Spareinlagen</b>								
je Einwohner	31. 12.	Mill. DM	131	1 534	1 721	2 018	2 360	2 729
	31. 12.	DM	51	664	739	858	993	1 134
<b>Sozialhilfe <sup>4)</sup></b>								
<b>Empfänger lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt</b>								
je 1 000 Einwohner	31. 12.	1 000	79,2 <sup>c</sup>	42,2	38,6	37,9	30,4	.
	31. 12.		30,6 <sup>c</sup>	18,3	16,6	16,1	12,8	.
<b>Aufwand (einschl. weiterer Leistungen)</b>								
je Einwohner	JS	Mill. DM	57,2	60,7 <sup>d</sup>	79,8	83,2	92,7	96,5
	JS	DM	22	26 <sup>d</sup>	34	35	39	40
<b>Öffentliche Finanzen</b>								
<b>Landessteuern</b>								
darunter Kraftfahrzeugsteuer	JS	Mill. DM	182	543	659	728	791	856
je Einwohner	JS	Mill. DM	15	57	65	74	84	94
	JS	DM	72	237	284	311	347	358
<b>Bundessteuern</b>								
darunter Umsatzsteuer	JS	Mill. DM	462	1 333	1 461	1 554	1 635	1 738
je Einwohner	JS	Mill. DM	166	427	472	510	523	584
	JS	DM	182	581	630	664	692	726
<b>Steuern vom Einkommen <sup>5)</sup></b>								
je Einwohner	JS	Mill. DM	150	656	802	888	1 009	1 098
	JS	DM	59	285	345	379	427	459
<b>Gemeindesteuern</b>								
darunter	JS	Mill. DM	117	321	335	348	380	406
Gewerbsteuern nach Ertrag und Kapital								
und Lohnsumme	JS	Mill. DM	43	221	229	238	267	287
je Einwohner	JS	DM	46	140	144	149	161	170
<b>Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes</b>								
Neverschuldung der Gemeinden und	31. 12.	Mill. DM	780 <sup>e</sup>	1 830	1 802	1 787	1 816	1 884
Gemeindeverbände	31. 12.	Mill. DM	75 <sup>e</sup>	617	712	809	940	1 089
darunter Kreditmarktmittel	31. 12.	Mill. DM	23 <sup>e</sup>	371	447	522	633	756

1) JS = Jahressumme  
 2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres); 1950: nur Sommerhalbjahr  
 3) einschl. Kombinationskraftwagen  
 4) bis einschl. 1962 "Öffentliche Fürsorge", ohne Kriegspferfürsorge  
 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Zeilen der Landes- und Bundessteuern enthalten  
 a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe"  
 b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge  
 c) Stand am 30. 9. 1950  
 d) 1. 4. - 31. 12. 1960  
 e) Stand am 31. 3. 1951

# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 31. 10. 1965			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1965			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1965 (vorläufige Zahlen)			
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber dem		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2)</sup>	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)							
in %										
FLensburg	96 443	+ 0,0	+ 0,1	+ 30	- 4	+ 26	37	1	45	124
KIEL	269 463	- 0,2	- 0,2	+ 68	- 611	- 543	114	6	132	121
LÜBECK	240 220	+ 0,1	+ 0,7	+ 54	+ 175	+ 229	116	6	135	122
NEUMÜNSTER	74 680	- 0,0	- 0,7	+ 19	- 39	- 20	47	-	56	119
Eckernförde	69 986	+ 0,5	+ 2,9	+ 39	+ 295	+ 334	29	5	33	131
Eiderstedt	19 575	+ 0,1	+ 0,3	+ 6	+ 19	+ 25	7	2	7	129
Eutin	93 407	+ 0,0	+ 1,2	+ 52	- 40	+ 12	45	2	57	131
Flensburg-Land	69 743	+ 0,3	+ 1,7	+ 47	+ 140	+ 187	35	1	56	163
Hzgt. Lauenburg	138 111	+ 0,3	+ 1,6	+ 66	+ 290	+ 356	53	4	70	140
Husum	65 250	+ 0,1	+ 0,8	+ 34	+ 44	+ 78	35	3	42	129
Norderdithmarschen	59 130	+ 0,1	+ 0,7	+ 17	+ 42	+ 59	29	4	36	138
Oldenburg (Holstein)	83 606	- 0,2	+ 1,3	+ 25	- 225	- 200	34	3	47	147
Pinneberg	245 522	+ 0,5	+ 3,5	+ 146	+ 993	+ 1 139	105	7	127	128
Plön	114 793	+ 0,1	+ 1,2	+ 89	+ 19	+ 108	47	5	70	160
Rendsburg	163 117	+ 0,1	+ 0,7	+ 77	+ 25	+ 102	80	5	115	150
Schleswig	99 164	+ 0,2	+ 0,6	+ 55	+ 101	+ 156	38	7	50	150
Segeberg	105 091	+ 0,3	+ 2,9	+ 57	+ 260	+ 317	67	11	76	130
Steinburg	125 764	+ 0,2	+ 0,7	- 14	+ 217	+ 203	65	3	93	148
Stormarn	161 532	+ 0,2	+ 3,5	+ 59	+ 223	+ 282	84	4	104	129
Süderdithmarschen	73 625	+ 0,1	+ 0,4	+ 24	+ 20	+ 44	21	3	32	167
Südtondern	67 178	- 0,5	+ 3,5	+ 60	- 389	- 329	22	-	36	164
Schleswig-Holstein	2 435 400	+ 0,1	+ 1,4	+ 1 010	+ 1 555	+ 2 565	1 110	82	1 419	135

KREISFREIE STADT  Kreis	Industrie <sup>3)</sup>				Bauhauptgewerbe <sup>5)</sup>			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1965		
	Betriebe am 30. 11. 1965	Beschäftigte		Umsatz <sup>4)</sup> im November 1965 in Mill. DM	Betriebe am 30. 11. 1965	Beschäf- tigte am 30. 11. 1965	Umsatz im November 1965 in Mill. DM	ins- gesamt	Pkw <sup>6)</sup>	
		Anzahl am 30. 11. 1965	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1965						Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	69	6 980	72	33,5	83	3 063	8 270	16 820	14 331	149
KIEL	173	31 922	119	98,5	186	8 428	22 648	48 996	41 363	153
LÜBECK	162	34 990	145	145,6	146	6 569	16 999	40 923	33 253	139
NEUMÜNSTER	61	12 396	166	33,8	59	2 438	4 828	13 424	11 247	150
Eckernförde	34	1 707	25	5,8	57	1 541	3 749	14 825	10 323	149
Eiderstedt	10	467	24	2,0	47	480	1 276	4 504	3 176	163
Eutin	51	4 450	47	19,1	113	2 080	3 527	19 607	14 412	155
Flensburg-Land	23	652	9	2,8	78	1 581	3 632	17 698	12 175	176
Hzgt. Lauenburg	100	8 996	66	30,6	132	3 232	7 095	28 229	20 665	151
Husum	24	1 390	21	3,1	136	2 519	5 149	15 383	10 586	163
Norderdithmarschen	33	1 315	21	4,0	78	2 130	5 142	13 337	9 325	158
Oldenburg (Holstein)	31	1 414	18	8,4	56	2 591	5 660	17 510	12 176	146
Pinneberg	251	23 124	94	128,8	269	5 745	16 652	47 002	37 814	156
Plön	53	2 728	23	14,2	110	3 266	8 429	25 084	17 608	154
Rendsburg	100	9 585	59	32,8	186	5 210	12 361	34 583	24 813	153
Schleswig	37	3 797	37	34,7	102	2 630	5 449	22 668	16 033	162
Segeberg	89	5 386	52	23,5	154	2 468	6 240	26 352	18 387	177
Steinburg	100	10 781	86	45,4	155	4 342	12 203	25 882	18 314	146
Stormarn	123	11 393	71	103,1	180	3 283	7 360	33 096	26 055	163
Süderdithmarschen	36	4 759	64	35,4	111	1 597	3 872	16 391	11 403	155
Südtondern	12	1 131	16	5,6	163	2 527	7 250	15 488	10 895	163
Schleswig-Holstein	1 572	179 363	74	810,6	2 601	67 720	167 791	497 802	374 354	154

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 10. 1965    2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen  
3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung)    4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren    5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung vom 30. 6. 1965  
hochgerechnete vorläufige Ergebnisse    6) einschl. Kombinationskraftwagen  
Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1965			Offene Stellen am 30. 11. 1965 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1965 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1965			*Ernte und Erträge 1965			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide <sup>1)</sup>		Kartoffeln	
		VZ 1939	Vorjahresquartal						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 433	+ 53	+ 1,3	17	15	126	88,2	8,7	1 311	32,5	466	259,4
Hamburg	1 857	+ 8	- 0,0	24	23	2	88,8	8,6	14	29,2	14	235,9
Niedersachsen	6 914	+ 52	+ 1,0	52	76	254	81,7	8,3	3 361	31,0	4 465	265,3
Bremen	741	+ 32	+ 1,4	10	6	1	62,6	8,1	5	27,6	6	209,6
Nordrhein-Westfalen	16 717	+ 40	+ 1,2	173	388	213	84,2	8,9	2 222	28,7	2 018	225,1
Hessen	5 162	+ 48	+ 1,7	58	135	97	76,4	8,6	1 103	28,7	1 591	235,6
Rheinland-Pfalz	3 579	+ 21	+ 1,1	26	39	73	68,5	8,1	1 071	30,1	1 567	239,0
Baden-Württemberg	8 413	+ 54	+ 2,1	109	321	205	68,9	8,2	1 441	26,3	2 184	213,3
Bayern	10 094	+ 42	+ 1,3	89	177	501	72,3	8,5	3 158	24,2	5 607	214,0
Saarland	1 127	+ 24	+ 1,0	5	23	9	69,0	9,0	100	26,4	170	204,8
Berlin (West)	2 199	- 20	+ 0,2	21	12	1	16,8	13,5	4	26,1	7	195,9
Bundesgebiet	59 234	+ 38	+ 1,3	583	1 217	1 481	76,6	8,5	13 790	28,2	18 095	231,1

Land	Industrie <sup>2)</sup>					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1965			
	Beschäftigte		Umsatz im September 1965		Produktionsindex <sup>3)</sup> 1958=100 im Sept. 1965	Beschäftigte am 30. 9. 1965		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 30. 9. 1965	je 1 000 Einw. am 30. 6. 1965	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	179	73	793	13,6	143	69	28	2 685	11,0	1 822	7,5
Hamburg	219	118	1 350	11,3	.	50	27	1 816	9,8	1 476	7,9
Niedersachsen	768	111	3 498	19,4	.	200	29	7 341	10,5	7 359	10,6
Bremen	101	136	502	11,6	.	24	33	806	10,9	1 574	21,2
Nordrhein-Westfalen	2 839	171	11 646	15,1	148	430	26	15 409	9,2	11 540	6,9
Hessen	718	139	2 758	16,2	173	154	30	6 330	12,3	3 973	7,7
Rheinland-Pfalz	381	107	1 573	15,1	186	100	28	2 736	7,6	2 816	7,9
Baden-Württemberg	1 511	180	5 525	15,1	155	265	32	9 524	11,3	10 190	12,1
Bayern	1 329	130	4 690	13,6	171	309	31	10 184	10,1	9 427	9,3
Saarland	172	153	501	28,5	.	30	27	735	6,5	686	6,1
Berlin (West)	288	131	1 103	11,5	.	47	21	2 603	11,8	1 143	5,2
Bundesgebiet	8 505	144	33 939	15,3	157	1 678	28	60 169	10,2	52 006	8,8

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. 1. 1965			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im Oktober 1965				Bestand an Sparanlagen <sup>7)</sup> am 31. 10. 1965 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1965					
	insgesamt	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- <sup>8)</sup>	Bundes- <sup>8)</sup>	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einw.									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	472	348	145	1 147	77	1 537	141	1 251	96	198	44			
Hamburg	355	304	164	1 018	35	1 303	131	2 260	266	1 000	70			
Niedersachsen	1 362	987	144	3 596	268	4 896	144	1 547	106	185	47			
Bremen	124	104	142	358	15	414	120	1 803	185	502	70			
Nordrhein-Westfalen	2 977	2 387	144	8 785	414	11 692	138	1 800	155	267	58			
Hessen	1 075	810	159	2 541	124	3 680	150	1 791	162	213	65			
Rheinland-Pfalz	714	504	142	1 783	95	2 497	145	1 485	96	205	50			
Baden-Württemberg	1 774	1 298	157	4 048	216	5 784	148	1 787	149	233	59			
Bayern	2 209	1 509	151	5 110	321	7 046	144	1 688	120	190	51			
Saarland	191	144	129	506	32	632	131	1 406	99	153	35			
Berlin (West)	322	275	125	1 025	25	1 300	129	1 180	91	355	63			
Bundesgebiet	11 575	8 671	148	29 917	1 622	40 781	142	1 691	138	256	55			

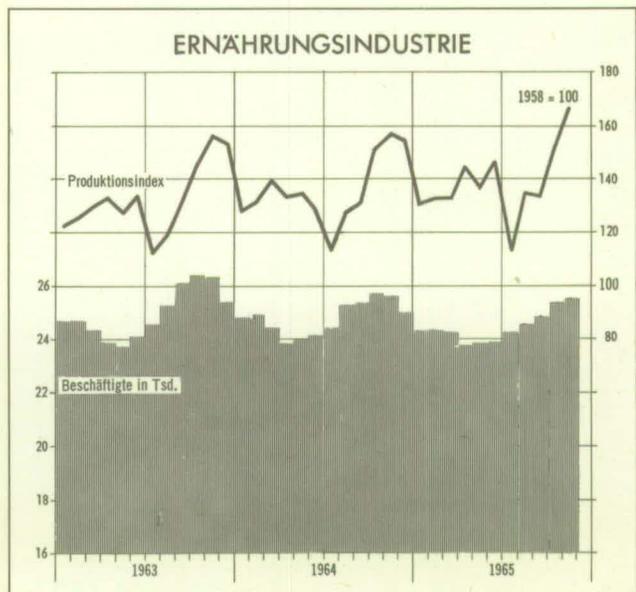
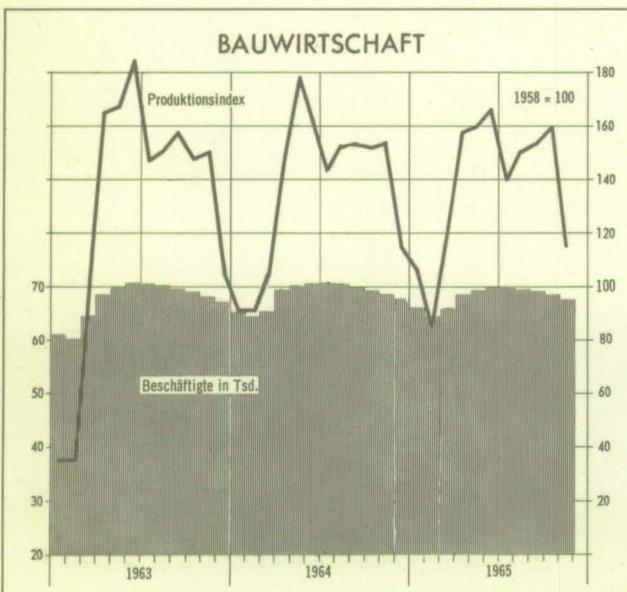
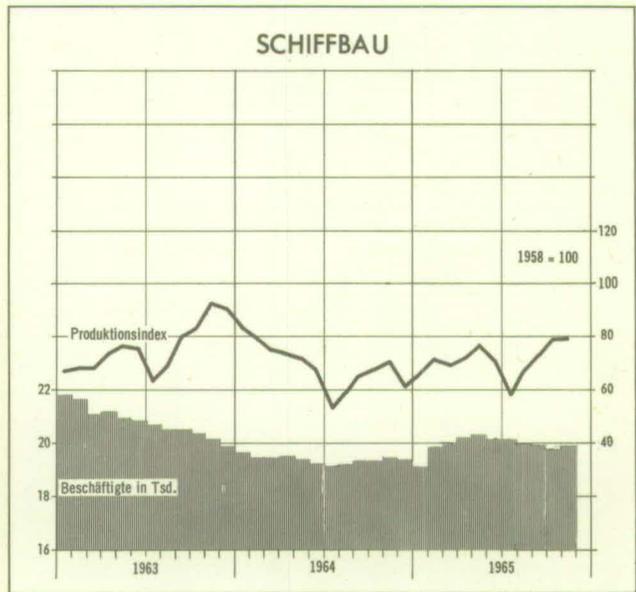
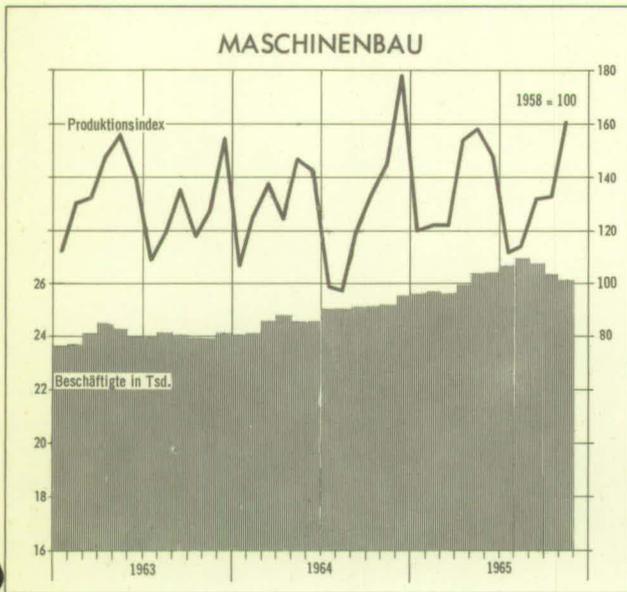
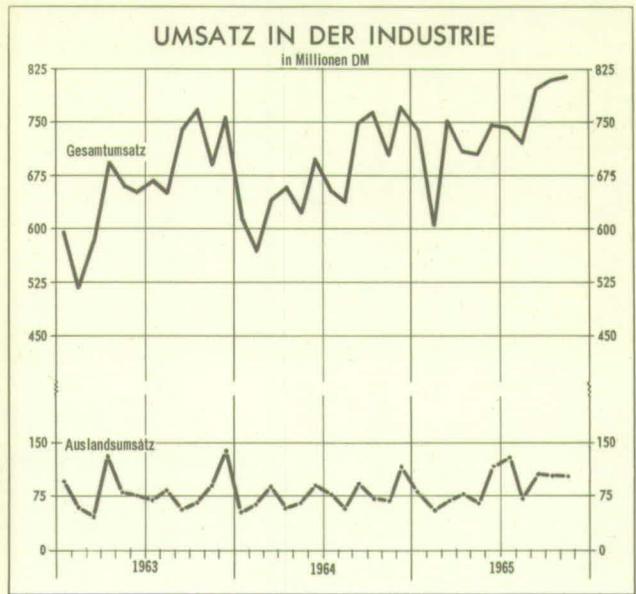
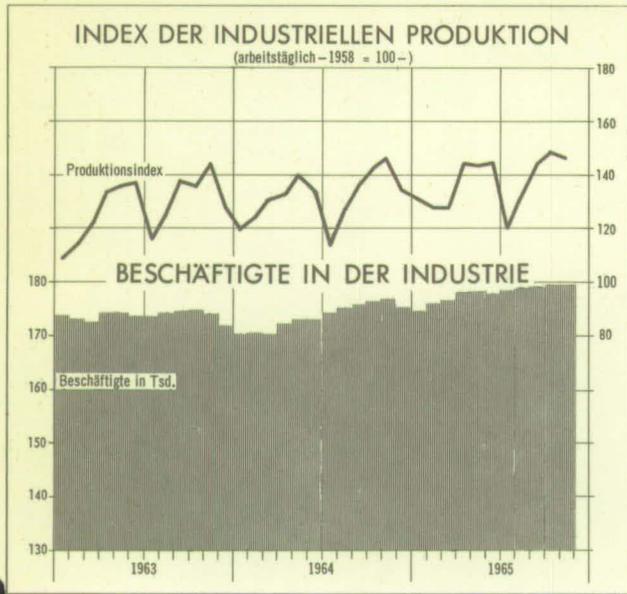
\* ) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt  
 1) ohne Körnermais 2) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 3) ohne Bau, arbeitstäglich 4) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 5) einschl. Kombinationskraftwagen 6) vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten

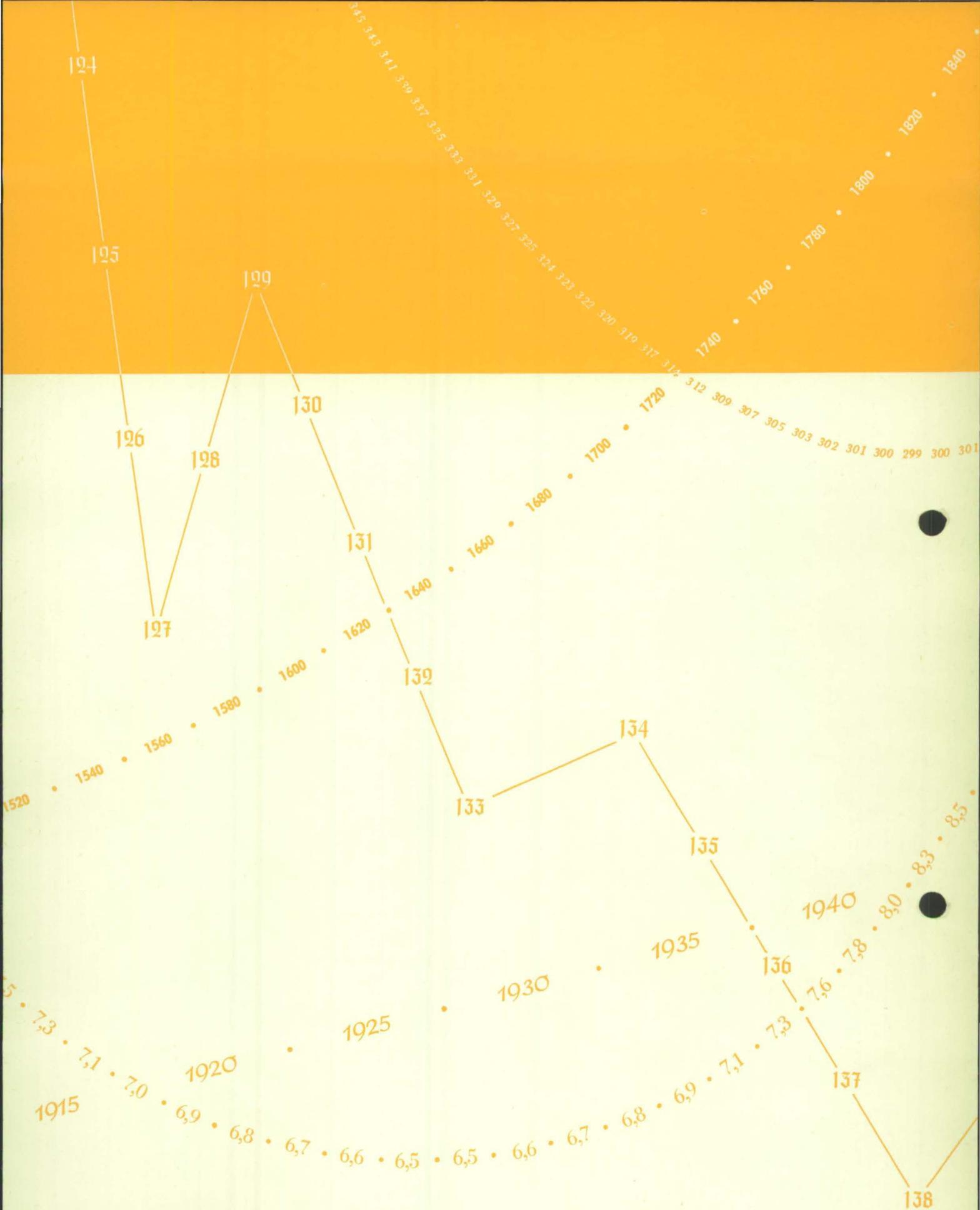
## Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Wahlen	
Bundestagswahl 1965 (Teil 3)	1/4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Schlachttiere, Qualität der –	1/8
Industrie und Handwerk	
Handwerk, Nebenfunktionen im –	1/23
Öffentliche Finanzen	
Umsätze 1964	1/10
Preise	
Bauwirtschaft, Preisentwicklung –	1/18
Löhne und Gehälter	
Landwirtschaft, Arbeiterverdienste –	1/23

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey  
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM  
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen